

Protokoll

der 16. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 17. Dezember 2009
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nicola Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Siro Imber
Barbara Selinger
Nedim Ulusoy (anwesend ab 19.00 Uhr)

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25
19.00 Uhr 38 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

Mittwoch, 16. Dezember 2009, 18.00 Uhr

1. Berichte des Gemeinderates vom 16.09.2009 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.11.2009 zum **Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehrsteuer für das Jahr 2010**

Geschäft 3874 / A

1.1.0 EINTRETENSDEBATTE

- 1.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 24.11.2009 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 27.11.2009 zu den **Budgetpostulaten** Geschäft 3874B / C
- 1.1.2 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen Geschäft 3874B.1
- 1.1.3 Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 1 Öff. Sicherheit / 113 Gemeindepolizei Konto 113-437.00 Bussen Geschäft 3874B.2
- 1.1.4 Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Investitionsrechnung, Pos. 6 / 620 Gemeindestrassen/Werkhof Konto 620-581.00 Planwerte Unterkonto 620-581.01 Parkraumbewirtschaftung Geschäft 3874B.3
- 1.1.5 Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 3 Kultur und Freizeit / 300 Kulturförderung Konto 300-31 Sachaufwand Unterkonto 300-319.00 Übriger Sachaufwand Geschäft 3874B.4
- 1.1.6 Budgetpostulat Hans-Peter Tschui, FIREKO, betreffend Pos. 700-434.00 Benützungsgebühren (Voranschlag 2010 Wasserversorgung) Geschäft 3874B.6
- 1.1.7 Budgetpostulat Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Pos. 342-318 Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare Geschäft 3874B.7
- 1.1.8 Budgetpostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 342-318.00 Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare Geschäft 3874B.9
- 1.1.9 Budgetpostulat Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 780-318.00 Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz) Geschäft 3874B.8

1.2. DETAILBERATUNG

- 1.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 1.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2010
- 1.2.3 Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 9 Finanzen Steuern / 900 Steuern Natürliche Personen Konto 900-40 Steuereinkommen Unterkonto 900-400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern Geschäft 3874B.5
- 1.2.4 Budgetpostulat Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Ziff. 2 der Anträge des Gemeinderates Steuerfuss Einkommens- und Vermögenssteuer Natürlichen Personen auf 57 % der Staatssteuer festgelegt Geschäft 3874B.10
- 1.2.5 Budgetpostulat Robert Richner und Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Pos. 904-402.00 Kapitalsteuern Juristische Personen Geschäft 3874B.11
- 1.2.6 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2010

Donnerstag, 17. Dezember 2009, 18.00 Uhr

2. Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2009 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.11.2009 zur **Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2010 – 2014**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3875 / A

3. Wahl eines Mitgliedes für den **Schulrat Kindergarten und Primarschule** (Präsidium wird durch Schulrat konstituiert) für Corinne Corvini-Gadola, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012) Geschäft 3907

4. Bericht des Gemeinderates vom 04.11.2009 betreffend **Reglement über den Instrumenten-Fonds der Musikschule**
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger Geschäft 3896

5. Folgebericht der Geschäftsprüfungskommission vom 30.11.2009 zu den **Leistungsvereinbarungen Stiftung Alterszentrum am Bachgraben, Tageselternverein Allschwil und Erholungswald mit der Bürgergemeinde** (ein Jahr nach in Kraftsetzung durch den Einwohnerrat) Geschäft 3909

6. Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 12.09.2009 betreffend **Grundstück bei der Wertstoffsammelstelle Ecke Baslerstrasse/Parkallee**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3884

7. Postulat von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 27.05.2009 betreffend **Lösung der Verkehrsprobleme in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3863

8. Postulat von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend **Elterliche Kindererziehung ist der externen Tagesbetreuung vorzuziehen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3891

9. Postulat von Josua M. Studer vom 16.09.2009 betreffend **„Stopsignalisation“ ändern auf „Kein Vortrittssignalisation“**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3892

- Verfahrenspostulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.10.2009 sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung- und reglemente vom 30.11.2009 betreffend **Änderung Geschäftsreglement Einwohnerrat (Kommissionssitze bei Änderung Fraktionszugehörigkeit)**
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro Einwohnerrat Geschäft 3901/A

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Einwohnerratsprotokoll Nr. 16 vom 17. Dezember 2009

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung

Armin Bieri, Präsident: Ich begrüsse Sie zur zweiten Sitzung im Dezember und hoffe, dass wir möglichst weit kommen.

[**Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Dann noch eine **Mitteilung** des Präsidiums. Ich möchte meinen Nachbarn vorstellen, den noch nicht alle kennen. Das ist Herr Proschek, er ist der neue Jurist, der für den Einwohnerrat zuständig ist.

Zu den **Vorstössen:** Es ist eine dringliche Motion auf dem Tisch von Josua Studer. Bitte Herr Studer zur Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Den Fraktionschefs habe ich die Sachen in Papierform gegeben. Ich habe es bewusst nicht 40-mal ausgedruckt, das wäre schade ums Papier. Wir haben da eine Folie. Das ist tip top. Es geht um das, was wir gestern Abend diskutiert haben. Es ist schade, Siro Imber hatte gestern diese dringliche Interpellation und ich hatte ihn gebeten, Diskussion zu verlangen. Leider hat er es nicht getan. Und weil der Einwohnerrat ja das Reglement angepasst hat, kann nicht mehr jeder Einzelne Diskussion verlangen. Wir merken jetzt schon das x-te Mal, dass das ein dummer Entscheid war. Somit komme ich jetzt mit diesem Antrag als dringliche Motion, damit wir das Thema kurz aufgreifen könnten, wie das jetzt weitergehen soll und wie die ganze Situation steht. Ich hatte heute direkten Kontakt mit der BVB, mit der Mediensprecherin Frau Dagmar Jenny, die mir wichtige Informationen gegeben hat. Ich bitte Sie um Dringlichkeit.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wir haben uns im Gemeinderat schnell besprochen. Es ist ja recht happig, was da verlangt wird, das war noch selten so der Fall: „Geldquellen zu erschliessen“. Bis jetzt kenne ich nur Steuern und Abgaben, aber vielleicht finden wir noch etwas Neues. „Fortführung der Buslinie 48“ ist selbstverständlich. Aber ich denke, wenn man es anschaut – das Thema ist zurzeit höchst aktuell, Josua Studer, das ist richtig. Aber dringlich aus diesen Aspekten heraus ist es nicht. Wir sind der Meinung: Die Buslinie 48 verlangen wir seit jeher. Und dass Gespräche stattfinden müssen zwischen den Regierungen Baselland und Basel-Stadt und Allschwil ist für mich auch selbstverständlich. Dort wird auch das Thema Finanzierung sicher angesprochen werden. Aber wir möchten uns im jetzigen Zeitpunkt da noch Zeit lassen und uns nicht schon auf eine bestimmte Strategie festlegen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich finde es richtig, was der Gemeindepräsident gesagt hat, und ich würde jetzt noch das Wort Aktionismus in den Mund nehmen. Ich glaube, unsere Behörden und wir alle hier drin wissen, wie wichtig es ist. Und ich vertraue jetzt voll drauf, dass die politischen Schritte getan werden, die nötig sind. Man konnte es auch in der Zeitung lesen, dass die Regierungsräte zusammensitzen wollen, Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dabei sein wird. Ich sehe nicht, dass das dringlich ist. Haben wir Vertrauen, dass diese Sache auch läuft, wenn wir nicht alles anschubsen und Aktionismus machen und noch mehr Aktionismus. Ich bin nicht für Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Ganz kurz: Ich habe euch erklärt, warum ich das eingereicht habe. Ich kann nachvollziehen, was Anton Lauber wegen der Dringlichkeit sagt. Ich ziehe den Antrag auf Dringlichkeit zurück.

Armin Bieri, Präsident: Noch eine Nachfrage wegen der zwei Budget-Postulate: Dringlichkeit gegeben oder nicht gegeben?

Josua Studer, parteilos: Somit lassen wir das auch fallen.

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zur Traktandenliste.

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2009 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.11.2009 zur Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2010 – 2014
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3875 / A

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Nachdem ich Ihnen gestern das Budget 2010 präsentieren durfte, freut es mich, dass ich Ihnen den Horizont zumindest finanztechnisch ein bisschen erweitern und Ihnen den Finanzplan 2010 bis 2014 kurz vorstellen darf. Basis des Finanzplans, den wir im Gemeinderat erstellt haben, ist wie jedes Jahr das Investitionsprogramm. Dieses Jahr ist es das Investitionsprogramm 2010 bis 2021, also über eine lange Zeitperiode. In diesem Investitionsprogramm sind alle Investitionen einzeln aufgeführt, priorisiert nach den Priorisierungsstufen 1 bis 4. Im Finanzplan 2010 bis 2014 hat der Gemeinderat aber nur die Priorisierungsstufen 1 bis 3 berücksichtigt. Priorisierungsstufe 4 ist nicht darin berücksichtigt. Die Investitionen, die darin aufgeführt sind, hat der Gemeinderat nach 11 Kriterien bewertet. Das durfte ich Ihnen letztes Mal schon vorstellen. Das hat der Gemeinderat auch dieses Jahr getan. Die verschiedenen Kriterien sind hier aufgeführt, und bei jedem Kriterium hat es eine Skala von 1 bis 10, 1 = gar nicht wichtig, 10 = sehr wichtig. Und zum Schluss ist man bei jeder Investition zu einer Priorisierungsstufe, nämlich 1, 2, 3 oder 4 gekommen. Die Ausgangslage für den Finanzplan 2010 bis 2014 war ganz klar das Budget 2010. Das war die ursprüngliche Basis. Dann haben wir beim Steuerfuss weiterhin über die ganzen vier Jahre die 58% drin, wir haben die Steuersätze für die juristischen Personen für die Ertragssteuer mit 5%, für die Kapitalsteuer 3,5% bis 2010, das sagte ich Ihnen gestern schon, und ab 2011 mit 2,75%. Bei der Teuerung haben wir für das Jahr 2011 1% vorgesehen, danach 1,5%. Beim Personalaufwand haben wir jedes Jahr 1,25% dazugenommen. Beim Zinssatz für die Beschaffung von Fremdkapital sind es 2,6 bis 2,75%, die wir vorgesehen haben. Wir mussten aber noch Korrekturen vornehmen, und zwar zum Budget 2009, damit der Finanzplan wirklich die wahren Gegebenheiten wiedergibt. Da ist einerseits die Reduktion der Abschreibungen aufgrund der Investitionsverschiebungen der Jahre 2008 bis ins Jahr 2010. Das habe ich Ihnen gestern auch schon aufgezeigt. Wir haben da wesentliche Verschiebungen vorgenommen. Und damit der Finanzplan auch effektiv das wiedergibt, was er wiedergeben soll, mussten wir das korrigieren. Bei den Fremdkapitalzinsen mussten wir ebenso eine Korrektur vornehmen aufgrund des relativ hohen Schuldenabbaus, den wir im Jahr 2008 und im Jahr 2009 hatten. Bezüglich des Jahr 2009 kann ich Ihnen zumindest einmal grob sagen, wir gehen davon aus, dass es ein ausgeglichenes Ergebnis geben wird. Wir haben in der Planungsperiode 2011 bis 2014 zwei weitere Korrekturen vorgenommen. Das betrifft einerseits die Tagesschule auf der Primarstufe, bei der wir einen Betrag eingesetzt haben ab dem 2. Semester 2011. Bezüglich der Verlustscheinbewirtschaftung sind wir jetzt so weit, dass wir das einführen und effektiv auch an die Hand nehmen können. Auch dort haben wir deshalb einen Nettoertrag in den Jahren 2011 bis 2013 vorgesehen.

Wie sieht nun die Entwicklung des Aufwands aus? Sie sehen es hier auf dieser Folie. Wir haben einen wesentlichen Einbruch beim Aufwand von 2009 bis 2010. Das ist ganz klar, das sagte ich gestern schon, das neue Finanzausgleichsgesetz, das uns eine Entlastung von rund 2 Millionen bringt. Die Werte, die Sie hier sehen, sind genau die gleichen, die Sie auch in Ihren Unterlagen hatten. Sie basieren alle auf diesem Finanzplanungs-Tool, das auf der Gemeinde zur Erstellung des Finanzplans angewendet wird. Sie sehen, beim Personalaufwand gehen wir eigentlich etwa von einem ganz leichten Anstieg aus vom Jahr 2010 bis zum Jahr 2014. Sie sehen hier drin auch zwei Unterscheidungen bei den Abschreibungen: einerseits auf dem Verwaltungsvermögen und andererseits Abschreibungen auf dem Finanzvermögen. Das ist deshalb wichtig, weil nur Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen auch in den Selbstfinanzierungsgrad, respektive in die Selbstfinanzierungsgrösse einfließen. Die Selbstfinanzierung ist ja immer das Ergebnis der laufenden Rechnung plus die Abschreibungen. Da sind nur die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen drin und nicht die auf dem Finanzvermögen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Steuerabschreibungen oder allenfalls um Entwertungen, die wir vornehmen müssen. Das sind reine Korrekturen, die nicht in die Selbstfinanzierung kommen.

Wie entwickeln sich die Steuern und die Buchgewinne? Sie sehen hier, wir gehen im Jahr 2009 bis 2010, auch das sagte ich gestern schon, praktisch von einer Nulllösung aus, was sicher, glaube ich, richtig ist. Und Sie sehen nachher jeweils von jedem Jahr zum nächsten einen leichten Anstieg. Buchgewinne haben wir nur im 2010 berücksichtigt, und zwar im Umfang von Fr. 100'000, das ist der Verkauf einer Liegenschaft, der nach unserem Plan stattfinden soll. In den anderen Jahren haben wir keine

Buchgewinne. Ich kann da bereits erwähnen, wir haben zwar jetzt im Gemeinderat eine Immobilienstrategie verabschiedet, das heisst Überlegungen angestellt, wie wir allenfalls die Verwertung eines Teils der Immobilien sehen wollen, und vor allem mit welcher Strategie wir dabei vorgehen wollen. Das haben wir jetzt verabschiedet. Aber das hatte noch keinen Einfluss auf den Finanzplan.

Zum Selbstfinanzierungsgrad, der ja eine wichtige Grösse ist, wie wir auch gestern wieder gesehen haben: Sie sehen hier, im 2008 und 2009 haben wir einen hohen Selbstfinanzierungsgrad, jeweils über 300%. Dann, ab 2010, ist es leider unter diesen 100%, mit Ausnahme von 2013. Alles, was unter diesen 100% ist, heisst eine Zunahme der Fremdverschuldung, und das heisst wieder eine Zunahme von weiteren Kosten, die die laufende Rechnung belasten. Die Idee ist ganz sicher, dass wir im Schnitt auf die 100% kommen. Wenn man jetzt nur die Jahr 2010 bis 2014 anschaut, dann sieht man, diesen Schnitt haben wir nicht erreicht. Wir haben ihn aber dann erreicht, wenn wir die Periode etwas ausdehnen, nämlich auf die Jahre 2008 bis 2014. Es ist aber so, wir müssen weitere Finanzierungsquellen prüfen, darum auch die so genannte Immobilienstrategie, um unsere Investitionen tätigen zu können.

Diese Folie hatte ich ihnen auch schon beim Budget 2010 gezeigt. Wichtig an dieser Folie ist das Zusammenspiel von Nettoinvestitionen, Verwaltungsvermögen und Selbstfinanzierung. Wenn die Nettoinvestitionen höher sind als die Selbstfinanzierung, das heisst der Selbstfinanzierungsgrad kleiner ist als 100%, dann nehmen unsere Schulden zu. Das sieht man beispielsweise im 2008 und im,, da muss ich wieder überlegen... nein, im 2008 war es eben besser, dort ist die Selbstfinanzierung höher und im 2009 auch. Das waren die hohen Selbstfinanzierungsgrade. Dort konnten wir einen Schuldenabbau vornehmen. Aber im 2010, 2011 und 2012 werden unsere Schulden zunehmen, einfach deshalb, weil die Nettoinvestitionen wesentlich höher sind als die Selbstfinanzierung. Was Sie bei dieser Folie aber auch sehen, ist das Kapitel Eigenkapital. Wir sind im Jahr 2008 bereits bei der Zielgrösse von 6 Millionen, kommen dann im Lauf der ganzen Periode etwas herunter, aber ich denke, es ist immer noch in einer Grösse, die vertretbar ist. Die Entwicklung der Nettoverschuldung pro Einwohner ist eigentlich das Pendant zu der Folie, die ich gerade vorhin gezeigt habe. Man sieht in den Jahren 2010 bis 2013, oder besser gesagt bis 2012, eine Zunahme, dann kommt es im 2013 leicht herunter, steigt aber im 2014 auf das Ende der Planperiode auf eine Grösse von Fr. 1'450 pro Einwohner. Das ist noch kein alarmierender Wert, ganz sicher nicht, und wird vom Kanton als „mittlere Verschuldung“ angeschaut. Aber es ist ganz klar, dass bei den steigenden Zinsen die Verschuldung effektiv eine grosse Belastung der laufenden Rechnung darstellen kann.

Noch zwei, drei Folien zu den Spezialfinanzierungen: Hier sehen Sie die Wasserversorgung. Das ist das Thema, das wir gestern auch kurz angesprochen haben. Das ist im Prinzip unser Sorgenkind, und zwar deshalb, weil wir einfach 2008/2009 zugegebenermassen einen Bilanzfehlbetrag haben, den wir am abbauen sind, was auch dadurch, dass wir im Jahr 2009 um Fr. 50'000 besser abschneiden, schneller wird geschehen können, als es auf dieser Folie noch aussieht. Aber es ist so, wir sind hier am arbeiten, um dieses Eigenkapital aufbauen zu können. Der Gemeinderat ist aber nach wie vor der Meinung, dass es richtig ist, dass wir Gebührenanpassungen erst im Jahr 2012 vorsehen. Sie sehen hier die roten Zahlen, das ist eine Nettoschuld, und das Grüne ist das so genannte Verwaltungsvermögen.

Bei der Abwasserbeseitigung haben wir keine Nettoschuld, sondern ein Nettovermögen, obwohl das eine Negativzahl ist. Aber es ist leider Gottes so, dass bei diesen Spezialfinanzierung das Minus ein Plus und das Plus ein Minus ist. Es ist relativ kompliziert, aber es ist so. Es ist ein Nettovermögen, im Gegensatz zum Verwaltungsvermögen. Wichtig für Sie zu wissen ist einfach, wir haben hier in allen Jahren immer ein Eigenkapital und keinen Bilanzfehlbetrag, im Gegensatz zur Wasserrechnung, wie ich vorhin sagte.

Die gleiche Situation ist bei der Abfallbeseitigung. Auch da sind wir auf einem guten Weg. Wir haben nur Eigenkapital und keinen Bilanzfehlbetrag.

Auf dieser Folie sehen Sie, die ganze Finanzplanung ist nicht so einfach, wie das bisher vielleicht ausgesehen hat. Wir wissen nach wie vor nicht, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise sich wirklich auf den Sozialaufwand und die Steuererträge auswirken wird. Wir haben Annahmen getroffen und hoffen, dass die in etwa richtig sind. Auch beim Finanzausgleichsgesetz haben wir Vorgaben bekommen, dass wir da 2 Millionen Entlastung haben werden. Aber ob das dann wirklich 2 Millionen sind, werden wir auch erst im Nachhinein sehen. Bei der Einführung der Tagesschule warten wir natürlich noch auf den Entscheid von Ihnen letzten Endes, ob wir das wirklich so durchziehen können. Zur Unternehmenssteuerreform II: Da haben wir ebenfalls Vorgaben vom Kanton. Diese Vorgaben sind, das habe ich gestern auch gesagt, klar pessimistischer, als wir das vorsehen. Auch da wissen wir erst im Nachhinein, ob es wirklich so eintrifft, wie wir das gesehen haben. Auch bei der Bevölkerungsentwicklung aufgrund der Bautätigkeit wissen wir letzten Endes nicht, wer wirklich zuzieht. Wir können Annahmen treffen, wir sehen, welche Bauvorhaben

realisiert werden können in den nächsten Jahren, aber ob das dann auch wirklich mit der entsprechenden Steuerkraft einhergeht, das wissen wir auch erst im Nachhinein.

Zur Zielerreichung, die wir, denke ich, trotzdem machen dürfen, auch damit wir sehen, ob wir unsere Aufgaben zu erfüllen hoffen: Sie sehen hier beim Punkt „mindestens ausgeglichene Rechnung“ – dieses Smiley weint ein bisschen. Sie haben in den Unterlagen gesehen, nur im Jahr 2010 haben wir eigentlich einen Ertragsüberschuss zu verzeichnen. In den folgenden Jahren 2011, 2012, 2013 und 2014 rechnen wir immer mit einem Mehraufwand. Zum Selbstfinanzierungsgrad: Bei den geforderten 100% haben wir ein Smiley mit einem geraden Mund gezeichnet. Dies deshalb, weil es immer darauf ankommt, welche Optik man einnimmt. Wenn Sie nur 2010 bis 2014 vergleichen, dann ist klar, den Selbstfinanzierungsgrad von 100% haben wir nicht erreicht. Wenn man aber die Zeitspanne etwas ausdehnt, nämlich um die Jahre 2008 und 2009, dann sehen Sie, wir haben die 100% erreicht. Man könnte dort also ein lachendes Smiley zeichnen. Darum denke ich, das Mittlere ist sicher richtig. Zuwachs des Nettoaufwandes: Da können wir noch nicht wirklich eine Beurteilung abgeben. Auch das sehen wir erst, wenn die Phase vorbei ist. Aufbau Eigenkapital: Da ist klar, da dürfen wir zeigen, dass wir unser Ziel erreicht haben. Steuerfuss maximal 58%: Damit haben wir gerechnet, das darf man als erfolgt ansehen. Bezüglich der Netto-Investitionen, ich habe es vorhin angesprochen, haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass wir die Nettoinvestitionen unter 3.5 Millionen pro Jahr mit dem ordentlichen Ergebnis erreichen können. Ich denke, das haben wir erreicht in dieser Zeitspanne. Alles, was darüber liegt, müssen wir mit einer ausserordentlichen Finanzierung erreichen. Und dafür, wie gesagt, haben wir unsere Immobilienstrategie verabschiedet. Die Nettoschuld pro Einwohner ist sicher unter diesen Fr. 1'750, auch dieses Ziel haben wir erreicht. Die Investitionen haben wir priorisiert, das habe ich ganz am Anfang gezeigt, dieses Ziel ist erreicht. Die Immobilienstrategie ist aufgegleist; die Umsetzung wird nun zeigen welche Ziele wir damit noch erreichen können. Alternative Finanzierungen müssen wir eben weiter, wie gesagt, prüfen.

Sie sehen, der Gemeinderat geht klar davon aus, dass die Finanzlage sich durch das Finanzausgleichsgesetz etwas entkrampft hat – etwas entkrampft, aber sicher noch nicht entspannt. Die geplanten Investitionen können nicht vollständig mit den operativ erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Sie haben gesehen, wir haben in diesen vier Jahren Finanzierungen vorgesehen, die weit über diesen 3.5 oder 4 Millionen liegen, die wir aus eigenen Mitteln finanzieren können. Deshalb müssen wir nach wie vor alle Investitionsvorhaben kritisch überprüfen. Es darf eben einfach in den nächsten vier Jahren keine Steuersenkung geben, auch wenn das vielleicht Einzelne anders sehen. Auch von neuen Aufwendungen müssen wir absehen.

Ich schliesse meine Ausführungen auch mit Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am Finanzplan mitgearbeitet haben. Auch der ist nicht ganz schnell erarbeitet, und auch da braucht es immer zusätzliche Anstrengungen. Ich bitte Sie, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

Hans-Peter Tschui, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (Fireko): Auf das Risiko hin, von einem Ratsmitglied erneut auf den § 66 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates hingewiesen zu werden, möchte ich den Bericht der Fireko zum Finanzplan trotzdem kommentieren und auf etwas nicht Unwichtiges in diesem Denkprozess hinweisen. Die Zielsetzungen der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung wie die Annahmen und Prognosen der Finanzplanung richten sich mehrheitlich an kontinuierlichen Entwicklungen von kritischen Messgrössen wie Teuerung, Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Zinsen usw. aus. Um die Deutungshoheit von künftigen Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzwirtschaft im Speziellen, der Binnenkonjunktur und der Beschäftigungslage – um nur ein paar wenige zu nennen – buhlen zahllose Experten und Fakultäten. Über den Wert und die Zuverlässigkeit solcher Prognosen konnten wir in der jüngsten Vergangenheit wieder besondere Erfahrungen machen. Die objektiv feststellbare Häufigkeit von Nichtzutreffen von Prognosen, resp. die Häufung von Versagen wissenschaftlicher Modelle führt zu dem Schluss, dass wilde Zufälligkeit unseren Planungsmodellen zusetzt. Nur zwei Beispiele dazu: Entgegen den Prognosen nimmt die Zuwanderung aus den EU-Staaten trotz einer scharfen Rezession weiter zu. Damit einhergehend – und wiederum entgegen den Prognosen – muss heute mit einer deutlich höheren Sockelarbeitslosigkeit gerechnet werden. Diese Feststellung, bzw. die daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Verlässlichkeit von Planungswerte veranlasst die Fireko zu der Empfehlung, sowohl bei der Fortschreibung der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung als auch in der Finanzplanung diskontinuierliche, sprunghafte Entwicklungen einzubeziehen und auf ihre Einflüsse zu untersuchen. Wir fokussieren dabei, um Beispiele zu nennen, den sprunghaften Anstieg der Ausgaben in der sozialen Wohlfahrt für Beiträge an private Haushalte, Mietzinsbeiträge, Wiedereingliederungshilfe, Krankenkassenprämienbeiträge usw. Und es sind berechnete Zweifel angebracht, inwieweit die Erholung der Finanzmärkte als Begründung für ein Wiedereinsetzen des Wirtschaftswachstums angeführt werden dürfen. Die diesjährigen Aufhellungen am Aktienmarkt spiegeln keine entsprechende wirtschaftliche

Wertschöpfungsverbesserung wider. Sind denn die Steuerertragserwartungen des vorliegenden Finanzplans, mit einem Seitenblick auf den Finanzplan des Kantons – ich erwähnte das gestern schon: Im Budget 2010 kalkuliert der Kanton einen Minderertrag von 55 Millionen, das sind satte 6% – sind denn die Steuererwartungen nicht zu stark an kontinuierlichen Entwicklungen ausgerichtet? Was bedeutet die prekäre Finanzlage des Kantons für die Gemeinden im Hinblick auf Finanzausgleich, auf Investitionsbeiträge und auf eventuelle weitere Verlagerungen von oben nach unten, vom Kanton auf die Gemeinden? Fazit: Risiken treffen gehäuft und viel öfter ein, als man denkt. Sie sind aber spezifisch kaum zu prognostizieren. Aber die Kraft der Prognosen und der Planungsmassnahmen kann gestärkt werden, wenn auch diskontinuierliche, sprunghafte Kriterien identifiziert und einbezogen werden.

Und im Übrigen steht die Fireko vollumfänglich hinter diesem Finanzplan und empfiehlt auch, ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Armin Bieri, Präsident: Die Beratung ist offen. Gibt es Wortmeldungen?

Josua Studer, parteilos: Ich möchte mich beim Gemeinderat bedanken für diesen finanziellen Ausblick. Ich habe gehört von Gemeinderätin Nüssli, in den nächsten vier Jahren darf ich keinen Antrag auf Steuersenkung mehr stellen. Ich kann nicht versprechen, ob ich mich werde zurückhalten können. Es hat sich gestern ja gezeigt, wir haben lange darüber diskutiert, das ist ein Thema, das bewegt. Es ist gut, wenn man darüber redet. Und am Schluss müssen wir das Richtige tun. Und der Rat hat beschlossen, und der Rat hat recht. Ich möchte Hans-Peter Tschui noch kurz eine Entschuldigung entgegenschicken. Wenn er das gestern sehr persönlich genommen hat, dann ist das falsch angekommen. Es war eine allgemeine Äusserung zur Wiedergabe der Berichte. Das tun alle hier drin, wenn sie dort oben sitzen, dann lesen sie ihre Berichte immer nur vor. Und ich habe ja gestern schon darauf hingewiesen, ich weiss auch, warum: weil ein Grossteil der Ratmitglieder die Unterlagen leider nicht wirklich selber studiert. Und ich weiss das jetzt nicht aus einer Annahme heraus, sondern aus der Erfahrung. Wenn man mit Einzelnen redet, wissen sie nicht, was in diesen Berichten drinsteht. Gestern hat man ja gemerkt, dass jemand sogar nicht wusste, was in einem Budget-Postulat drinsteht. Es wäre einfach schon gut, wenn die einzelnen Ratsmitglieder das ernster nehmen und die Sachen studieren würden. Dann wissen wir auch, was wir beschliessen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat sich mit dem Finanzplan ebenfalls eingehend auseinandergesetzt. Uns ist aufgefallen, dass niemand vorhersagen kann, wie sich die Finanzkrise auf die weiteren Steuereinnahmen auswirken wird. Herr Tschui sagte schon, dass der Kanton von erheblichen Mindereinnahmen ausgeht, die sich dann zwangsläufig auch auf die Gemeindesteuern auswirken werden. Ich meine darum, dass wir sehr genau im Auge behalten müssen, wie sich das mit der Fremdverschuldung weiter entwickelt. Das ist auch mein grosses Anliegen, dass wir auch da in den nächsten Jahren ganz gross den Finger drauflegt. Aber ich bin auch überzeugt, dass der Gemeinderat das tun wird.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Eigentlich hatte meine Kollegin Barbara Selinger hierzu einige Worte vorbereitet. Ich habe ihre Notizen gelesen und stütze mich jetzt darauf, möchte aber nicht mehr zu viel sagen. Die Voten von Nicole Nüssli und Hans-Peter Tschui fand ich sehr gut. Sie halten stand. Ich glaube, es ist richtig, wenn man vorsichtig in die nächsten Jahre schaut. Optimismus soll man haben. Aber was kommt, wissen wir nicht, und das spüren wir auch. Es ist auch klar und wurde einem bewusst: Es darf keine weiteren Steuersenkungen geben. Noch mehr einsparen geht irgendwo nicht, dann ist der Gurt zu eng. Lieber hätten wir mehr Einkommen. Und ich weiss jetzt auch, warum ich nicht für die Unternehmenssteuerreform II war: Das Geld fehlt. Dabei möchte ich es belassen. Ich bedanke mich ebenfalls, auch im Namen von Barbara Selinger, einerseits an Hans-Peter Tschui, für die sorgfältige Art, in der er sein Amt ausübt, wie wir es auch heute Abend wieder anhand seiner Ausführungen geniessen durften, und auch an die Hauptabteilungsleitung, die diesen Finanzplan sorgfältig erstellt hat. Ich denke, besser konnte man es nicht machen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte mich kurz fassen. Auch wir von der FDP/GLP haben diesen Finanzplan sorgfältig geprüft und erkennen auch die Sparbemühen an, die der Gemeinderat zeigt. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, dass die knapp ausgeglichenen Ergebnisse nur deshalb möglich sind, weil, bzw. obwohl wir jährlich eine Zwei-Millionen-Entlastung durch den Neuen Finanzausgleich haben. Ohne diesen hätten wir ein Ergebnis, das jedes Jahr um 2 Millionen schlechter wäre. Fakt ist also,

dass wir trotzdem gesamthaft gesehen eine Ausgabensteigerung von 8 oder fast 10 Millionen haben über die 5 Jahre. Darum fordern wir den Gemeinderat auf, die Ausgaben weiterhin stark in den Griff zu bekommen.

Armin Bieri, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen hat, kommen wir zur Detailberatung. Cedric Roos ruft jetzt kapitelweise den Bericht auf, dann kann man sich zu den einzelnen Kapiteln zu Wort melden.

1. Rechtsgrundlagen, Methodik und getroffene Annahmen

keine Wortmeldung

2. Finanzplanung 2010 bis 2014

keine Wortmeldung

3. Zielerreichung, Schlussfolgerungen

keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung. Der Gemeinderat beantragt, dass, gestützt auf seine Ausführungen, der Finanzplan zur Kenntnis genommen wird.

:::

einstimmig Ja

499 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes für den Schulrat Kindergarten und Primarschule (Präsidium wird durch Schulrat konstituiert) für Corinne Corvini-Gadola, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012), Geschäft 3907

Armin Bieri, Präsident: Es liegt ein Vorschlag von der CVP vor. Vorgeschlagen wird Adelheid Schuster. Gibt es weitere Nominationen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

:::

Adelheid Schuster ist in stiller Wahl als Mitglied des Schulrates Kindergarten und Primarschule gewählt

500 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 04.11.2009 betreffend Reglement über den Instrumenten-Fonds der Musikschule
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger, Geschäft 3896

Armin Bieri, Präsident: Ich frage den Rat an, ob er damit einverstanden ist, dass wir das Geschäft direkt beraten. – Da kein Votum kommt, gehe ich davon aus dass der Rat einverstanden ist.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Sie sind sicher alle schon einmal in Ihrem Leben mit einem Musikinstrument in Berührung gekommen, oder Sie haben die

Musikschule Allschwil in irgendeiner Form erlebt oder gesehen. Das, womit sie arbeiten und spielen, diese Instrumente, ist eine ganz teure Sache. Um das geht es aber gar nicht, und ich bin in der glücklichen Lage, dass ich Sie heute Abend gar nicht von der Richtigkeit einer Investition überzeugen muss. Sondern ich möchte einfach ein bisschen Werbung machen für die Musikschule. Die Musikschule ist eine der wenigen Institutionen in Allschwil, die noch – es ist mir eingangs der Sitzung aufgefallen, dass wir *Stutz* sammeln sollen für irgendeine Buslinie – die Musikschule sammelt noch Geld für ihre teuren Instrumente. Das tut sie schon seit vielen Jahren. Sie stehen nicht an die Strasse und sehen, dass sie mit offenem Beutel etwas bekommen, sondern es ist auch eine Tradition in Allschwil, dass die Musikschule Geld bekommt. Wenn sie irgendwo einen Anlass hat, wenn sie musiziert, oder was auch immer, dann erhält sie Zuwendungen. Es war bis jetzt so, dass man das schön in einem Kässlein verwahrt und darüber fein säuberlich Buchhaltung geführt und es dann Ende Jahr gezählt hat. Der Einwohnerrat und der Gemeinderat waren da weitgehend ausgeschlossen. Jetzt hat der Gemeinderat beschlossen, dass man dazu ein Reglement macht im Sinne einer modernen Verwaltungsführung. Das ist das, was vorliegt, und worüber sie lesen konnten. Ich möchte Sie bitten, dem Reglement Ihre Zustimmung – nicht Ihren Segen, sondern Ihre Zustimmung – geben.

Armin Bieri, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur allgemeinen Beratung.

Josua Studer, parteilos: Ich habe das gelesen, finde es eine gute Reglementierung. Ich war ja eine Zeitlang im Musikschulrat einsitzend gewesen. Mir ist etwas aufgefallen beim Lesen. Unter „Inhalt des Reglements in Kürze“ stand, was Gemeinderat Giger angesprochen hat, die Einnahmen, die die Musikschule macht, wenn sie Auftritte hat. Zurzeit ist es ja so, wenn die Schüler aufspielen – meistens hier drin – dann wird anschliessend eine Kollekte gemacht, und diese Kollekte wurde bisher immer benannt für die Lokalität, in der man Musikveranstaltungen machen kann. Meine Frage ist jetzt: Ist das storniert? Wird jetzt bei diesen Anlässen auch gesammelt – wie es hier drin steht – für die Anschaffung von Instrumenten?

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Das ist folgendermassen: Es hat einen bestimmten Zweck, dass am Ende von Veranstaltungen, die sie hier drin haben, immer ein Kässlein aufgestellt ist. Aber das ist nicht die Musikschule, das ist der Verein „Freunde der Musikschule“, der das organisiert. Das ist etwas ganz anderes und hat mit der Musikschule selbst nichts zu tun. Das wird auch nicht storniert. Die „Freunde der Musikschule“ helfen der Musikschule immer wieder mit Beiträgen, die sich aus derartigen Anlässen ergeben, damit sie sich eine eigene Aula bauen können. Also, das werden viele von Ihnen nicht mehr erleben, wie ich auch nicht. Aber das ist doch ein guter Wille, der ersichtlich ist, und man muss auch sehen, dass dort schon etliche tausend Franken zusammengekommen sind. Aber von der Sache her: Das ist nicht die Musikschule, sondern das ist der Verein „Freunde der Musikschule“, der diese Sammlungen macht. Das hat also mit der Gemeinde gar nichts zu tun. Dieses Geld betrifft uns nicht.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich habe eine Verständnisfrage zu § 7. Da steht unter Ziff. 1, der Einwohnerrat könne die Zweckbestimmung des Fonds ändern oder ihn auflösen. Ist das so, dass diese Musikschülerinnen und –schüler etwas vorspielen, am 6. Dezember, und erhalten dafür einen Batzen, um ihn in den Fonds zu geben, und wenn man dann den Fonds auflösen würde, könnten wir Einwohnerrätinnen und –räte darüber bestimmen, ohne die Schulleitung der Musikschule mit einzubeziehen? Also da sammelt ja jemand und kann dann schlussendlich nicht über den Fonds bestimmen, wenn es zur Auflösung kommt?

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Das ist in der Tat so. Mit der Reglementierung dieses Fonds übernimmt der Einwohnerrat auch eine Verantwortung und kann darüber bestimmen, was geschehen soll. Ich hoffe, er belässt es so, wie es ist. Aber er darf das, selbstverständlich, ja.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Und hat die Musikschulleitung dazu nichts gesagt? Das kommt mir komisch vor. Für mich entspricht das nicht... Also die sammeln, und wir bestimmen...

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ja, das ist so. Diese Kröte wurde geschluckt. Das ist ja eine Musterreglementierung. Die wurde dem Schulrat auch so unterbreitet. Und der Schulrat, auch die Schulleitung, hat das akzeptiert – in guter Hoffnung.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung. Wir gehen das Reglement paragrafenweise durch. Cedric Roos ruft die einzelnen Paragrafen auf.

§ 1 Geltungsbereich und Zweckbestimmung
kein Wortbegehren

§ 2 Äufnung des Fondskapitals
kein Wortbegehren

§ 3 Verwendung
kein Wortbegehren

§ 4 Zuständigkeit
kein Wortbegehren

§ 5 Führung und Verwaltung des Fonds
kein Wortbegehren

§ 6 Informationspflicht und Berichterstattung
kein Wortbegehren

§ 7 Änderung der Zweckbestimmung und Auflösung des Fonds
kein Wortbegehren

§ 8 Inkraftsetzung
kein Wortbegehren

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates.

1 Das Reglement über den Instrumenten-Fonds der Musikschule Allschwil wird genehmigt.

://:
einstimmig Ja

2. Das Reglement wird nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft vom Gemeinderat in Kraft gesetzt.
--

://:
einstimmig Ja

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft. Wer das Geschäft so gutheissen kann, möge das mit der Karte bezeugen.

://:
einstimmig Ja

Traktandum 5

Folgebericht der Geschäftsprüfungskommission vom 30.11.2009
zu den Leistungsvereinbarungen Stiftung Alterszentrum am Bachgraben,
Tageselternverein Allschwil und Erholungswald mit der Bürgergemeinde
(ein Jahr nach in Kraftsetzung durch den Einwohnerrat), Geschäft 3909

Andreas Bammatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Sie sehen, ich bleibe unten. Ich möchte es auch kurz halten. Wir haben in der GPK, wie angekündigt, diesen Folgebericht angefertigt. Er liegt jetzt vor. Ich möchte ihn nicht im Detail vorlesen. Ich möchte allen danken, die dabei waren, vor allem den Leistungserbringern, die noch einmal mehr einen Besuch von uns über sich ergehen lassen durften, und die das auch sehr gut gemacht haben. Wir haben die Informationen, die wir brauchten, erhalten und können euch bestätigen, dass die Leistungsvereinbarungen, die die Gemeinde mit den Leistungserbringern abgeschlossen hat, in Kraft getreten sind und ausgeführt worden sind, so dass die Prozesse, die wir haben wollten, jetzt auch stattfinden.

Ich gehe kurz auf zwei, drei Details ein, die euch auch schriftlich vorliegen. Im Alterszentrum am Bachgraben haben wir festgestellt, dass die Leistungen sehr wichtige Dienste für Allschwil sind und auch für Schönenbuch eine sehr wertvolle Sache sind. Offen geblieben ist die Frage, wie die stufenweise eingeführte neue Pflegefinanzierung sich auf das Gemeindebudget auswirken wird. Da müssen wir nochmals genauer hinschauen. Vielleicht erhalten wir da auch einmal eine Detailauskunft. oder wir schauen uns das einmal speziell an. Die GPK hat deshalb angeregt, dass der Gemeinderat die Preisentwicklung bezüglich Angebot und Nachfrage im Auge behalten soll und eine vernünftige Balance zwischen „so viel wie möglich“ und „so viel wie nötig“ angestrebt wird.

Beim Tageselternverein Allschwil konnten wir feststellen, dass eine stark steigende Zahl der Betreuungsverhältnisse – wir reden da von einer Verdoppelung innerhalb eines Jahres – stattgefunden hat und dass ein grosses Bedürfnis nach dieser Betreuungsform vorhanden ist. Aufgrund dieser Entwicklung stellen sich der GPK einige Fragen: Wie kann die Qualität längerfristig in Bezug auf das Angebot gesichert werden? Wie wird das Thema der Stellvertretung gelöst? Momentan haben wir 20% – inklusive Stellvertretung – für Geschäftsleitung budgetiert. Und dann kam noch die Frage auf, wie zeitgerecht und wie anwenderfreundlich der Subventionsschlüssel ist. Weiter ist auch die Frage des Marketings nochmals aufgekommen. Es sollte der Einklang von Angebot und Nachfrage gewährleistet werden. Und da ja das Allschwiler Wochenblatt eines der Medien ist, man dort aber nicht mehr gratis inserieren kann, muss man da neue Wege suchen. Wir regen an, dass sich der Gemeinderat diesbezüglich mit dem Tageselternverein zusammensetzt und lösungsorientierte Antworten sucht, oder diese uns mitteilt, falls sie schon gefunden worden sind.

Dann der Erholungswald. Auch dort ging eine Subkommission. Die Dienstleistungen werden vom Reviervorstand planmässig durchgeführt, selbstverständlich immer mit dem Fokus auf Sicherheit und Wegeunterhalt und unter Berücksichtigung des Betrages, den wir letztes Jahr gesprochen haben. In drei Jahren, nach Ablauf dieser Leistungsvereinbarung, muss dann Bilanz gezogen und geschaut werden, was der allenfalls vorhandene Fehlbetrag für Auswirkungen hatte, indem wir ja letztes Jahr nur einen Teil eingekauft hatten, in Absprache mit der Bürgergemeinde. Zum Schluss bleibt mir auch der Dank an die Kommissionsmitglieder, die das in Subkommissionen durchführten und somit auch die zeitliche Belastung auf mehrere Schultern verteilten.

Gemeinderat Robert Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Vielen Dank für diese Überprüfung der Leistungsvereinbarungen. Ich habe nur zwei, drei Punkte. Andreas Bammatter hat das meiste gesagt. Wegen der Pflegefinanzierung: Da gibt es jetzt eine neue Bestimmung. Der Bundesrat ha beschlossen, dass das erst ab 01.01.2011 umgesetzt wird. Es gab vorher einen Bundesratsbeschluss, wo es hiess, man müsse es schon ab 01.07.2010 umsetzen. Die Kantone haben sich erfolgreich dagegen gewehrt. Es wäre auch unlogisch, dass man mitten im Jahr die Pflegefinanzierung einführen würde. Das würde für unsere Institutionen wie Spitex oder Alterszentrum bedeuten, dass sie alle ein neues Budget hätten machen müssen für das zweite Halbjahr 2010. Das ist jetzt Gott sei Dank nicht nötig, weil das erst ab 01.01.2011 umgesetzt wird. Zur Preisentwicklung im Alterszentrum: Dort genehmigt ja der Gemeinderat gemäss Leistungsvereinbarung das Budget und die Tagessätze. So hat er auch die Möglichkeit, das zu steuern. Der Hauptfaktor sind natürlich im Alterszentrum die Personalkosten, und man möchte die Möglichkeiten ausnützen, dass man 50:50 hat

und nicht einen anderen Satz, wie das teilweise auch der Fall ist, zum Beispiel dass es 60% Hilfspflegepersonal hat. Das Alterszentrum strebt an, dass es 50:50 ist, und das ist auch im Moment so. Aber das kostet eben entsprechend. Dann gab es auch eine Erhöhung bei den Pflegefachfrauen mit Diplom. Die haben jetzt gemäss Gerichtsentscheid des Kantons Baselland eine höhere Lohnklasse.

Zum Tageselternverein muss ich sagen, dass wir alle Anträge, die sie gestellt hatten, übernommen und in die Leistungsvereinbarung integriert hatten. Nun gab es aber einen Anstieg in der Betreuungsnachfrage und den Betreuungsmöglichkeiten des Tageselternvereins. Das Problem, das in diesem Bereich besteht, ist, dass es sehr schwierig ist, Tageseltern zu finden, die diese Aufgaben übernehmen würden. Sie haben auch das Marketing gemacht und waren zwei- oder dreimal auf dem Markt, wie mir die Präsidentin Frau Baumgartner sagte – leider ohne jeglichen Erfolg. Im AWB wird immer inseriert, oder die Gemeinde leistet einen Beitrag und platziert diese Inserate in ihrem Bereich. Die Subventionsschlüssel hatten wir mehr als einmal angesprochen und diskutiert während der Erarbeitung der Leistungsvereinbarung. Dort kam von Seiten des Tageselternvereins immer, dass sie den Schlüssel so gut fänden. Aufgrund des Berichts der GPK habe ich nachgefragt und Frau Baumgartner gebeten, dass das im Vorstand nochmals diskutiert wird. Das Feedback, das kam, hiess, dass sie den Schlüssel gut und überhaupt nicht kompliziert fänden. Wenn man das Gebilde anschaut, kann man im ersten Moment schon finden, es sei ein wenig kompliziert. Aber sie sagen, das sei für sie kein Problem und auch nicht für die, die es betrifft. Aber die Anregungen, die die GPK gemacht hat, sind bereits angelaufen. Tageseltern haben jetzt auch die Möglichkeit, gem. Ziff. 12 der Leistungsvereinbarung, in Ausnahmefällen, die sie jetzt ja auch haben mit diesen vielen Betreuungen, ein begründetes Gesuch stellen können, und dann wird darüber diskutiert, ob man es in das Budget hineinnimmt oder nicht.

Josua Studer, parteilos: Ich habe schon ein bisschen gestaunt, dass dieser Folgebericht jetzt schon kam. Denn es steht unter Ziff. 1, bei der Ausgangslage, dass die GPK in der Einwohnerratssitzung vom Dezember letzten Jahres sagte, sie wolle die Leistungsvereinbarungen überprüfen, wenn sie ein Jahr lang umgesetzt sind. Wie wir jetzt aber sehen, war bei der Leistungsvereinbarungskontrolle der Bürgergemeinde der Zeitrahmen zu kurz. Die Bürgergemeinde konnte gar nicht genügend Zahlen bringen. Somit hat die Überprüfung eigentlich nicht viel gebracht – ausser der Arbeit. Es wäre gut, wenn man denen wirklich auch Zeit lassen würde, ein Jahr lang wirklich zu arbeiten, damit sie auch die Möglichkeit haben, alles zusammenzubündeln und der GPK sauber vorzulegen. Das würde ich für ein andermal empfehlen. Ich weiss nicht, warum das jetzt unbedingt hineingezwängt werden musste. Es ist sowieso allmählich auffällig: Bei uns in der Gemeinde muss immer alles – husch, husch – schnell gehen. Es kam schon vor, dass man nicht auf eine Einwohnerratssitzung verzichten konnte, weil einfach etwas behandelt werden musste. Man sollte sich für das Ganze mehr Zeit nehmen, dann kommt auch etwas Schlaues dabei heraus. Worüber ich glücklich wäre bei der nächsten Berichterstattung aus der GPK oder auch aus anderen Kommissionen: Wenn explizit von Subkommissionen geschrieben wird, wäre es sehr interessant zu wissen, wer in diesen Subkommissionen mitgearbeitet hat. Im Landrat wissen wir, wer den Subkommissionen angehört, denn die sind fix. Bei uns im Einwohnerrat ist es ja so, dass die Subkommissionen von Mal zu Mal anders zusammengesetzt werden können, und somit wäre es sehr interessant zu wissen, welche Personen sich die Sache angeschaut haben, dann könnte man direkt auf sie zugehen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Unsere Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass die neuen, vor einem Jahr abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen jetzt überprüft wurden. Zwar ist ein Jahr sicher eine kurze Zeit für so eine Nachkontrolle. Doch wie man im Sprichwort sagt: Lieber zu früh als zu spät! Wie im GPK-Bericht geschrieben ist, scheinen alle Leistungsvereinbarungen im Grossen und Ganzen gut zu laufen. Besondere Aufmerksamkeit möchte ich darum den drei Fazits im Bericht schenken. Erstens Alterszentrum: Es steht am Schluss geschrieben, dass eine vernünftige Balance zwischen „so viel wie möglich“ und „so viel wie nötig“ angestrebt wird. Wir verstehen darunter, dass das sich Wohlfühlen, das sich Daheimfühlen der Bewohner oberste Priorität hat. Das wiederum bedeutet für uns, dass bei finanziellen Überlegungen, wenn die Preisentwicklung im Auge behalten werden soll, die Betreuung und Zuwendung zum einzelnen Menschen mehr Gewicht hat als zum Beispiel ein schönes oder fast schon luxuriöses Mobiliar oder Ähnliches. Wir hoffen, dass das neu eingeführte System Hotellerie dieser Forderung tatsächlich entgegenkommt.

Zum Tageselternverein: Auch da ist man, wie man sieht, soweit zufrieden mit der Leistungserbringung. Die grosse Nachfrage nach Betreuungsplätzen bestätigt das Bedürfnis in der Bevölkerung. Zu denken gibt da vor allem ein bisschen das Thema Stellvertretung, oder die Rekrutierung von neuen Tageseltern. Und was ja jetzt offenbar umstritten ist, dieser anwenderfreundliche Subventionsschlüssel, der ein wenig in

Frage steht. Wir von der GPK haben das so mitgekriegt, und in der Fraktion haben wir auch schon diskutiert, ob man da wirklich drauskommt – es scheint umstritten zu sein. Es ist für uns wichtig, dass sich der Gemeinderat so bald wie möglich mit diesen Fragen beschäftigt und zu Lösungen kommt. Und wie wir von Herrn Julier schon gehört haben, ist er ja auch schon tätig.

Jetzt noch zum Wald. Mit grossem Einsatz gibt sich unser Revierförster Herr Lack alle Mühe, die Vereinbarung trotz des Fehlbetrages einzuhalten. Wir hoffen, dass der Gemeinderat bei der nächstmöglichen Geldverteilung daran denkt, dass er – zum Beispiel bei diesen Neuzuzüger-Apéros – unseren Wald immer als grossartiges Naherholungsgebiet anpreist. Das heisst, zu etwas Grossartigem muss man auch Sorge tragen und dementsprechend auch die ganze finanzielle Unterstützung bieten.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Eigentlich ist alles schon gesagt worden, was ich auch sagen wollte. Ich war bei der Subkommission dabei, die das Alterszentrum am Bachgraben nachkontrolliert hat. Mich hatte interessiert, was es damit auf sich hat, dass es dort einen Coiffeur hat, eine Podologie, eine Physiotherapie. Und ich wollte wissen, wie denn das läuft. Daraufhin hat mich Herr Jenny aufgeklärt und gesagt, dass das alles fremd vermietet ist, und dass die Bewohnerinnen und Bewohner froh sind, dass sie etwas im Haus haben und nicht hinausgehen müssen. Und von denen, die sich dort einmieten, erhalten sie Mietzins, was ein Gewinn für das Alterszentrum ist. Darauf bin ich beruhigt wieder gegangen. Aber, eben, dass man dort die Kosten im Griff halten muss, dieser Meinung bin ich auch. Dass man das genau anschaut und bei den verschiedenen Wünschen das Für und Wider erwägt.

Beim Tagesmütterzentrum wurde ebenfalls schon gesagt, dass man dort administrative Hilfe bieten sollte. Beim Wald ist auch nichts Zusätzliches zu sagen. Sie tun alles, was nötig ist und was gemacht werden muss, und was sie mit den finanziellen Mitteln, die sie haben, machen können. Ich glaube, dass wir den Leuten nicht lästig fallen, sondern dass wir den Beteiligten zeigen konnten, dass man sich für ihre Arbeit interessiert und dass man ihr Engagement schätzt.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben das natürlich auch mit Freude zur Kenntnis genommen. Ich denke, es ist beides richtig. Einerseits war es vielleicht schon ein bisschen früh und schnell, schon nach einem Jahr solche Berichte zu schreiben und die Sache genauer anzuschauen. Aber es ist sicher richtig und wichtig, dass der Einwohnerrat nicht nur beschliesst, sondern auch einmal kontrolliert.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur Abstimmung. Die GPK bittet um Kenntnisnahme von dem Bericht. Wer dem zustimmen will, soll das mit der Karte bezeugen.

://:

einstimmig Ja

502 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 12.09.2009 betreffend Grundstück bei der Wertstoffsammelstelle Ecke Baslerstrasse/Parkallee
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3884

Gemeinderat Christoph Morat (in Vertretung für GR Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt): Ich beantworte Ihnen gerne in Stellvertretung von Robert Vogt diese Interpellation zur Wertstoffsammelstelle in der Parkallee.

Frage 1: Wird bei einer allfälligen Umgestaltung der Wertstoffsammelstelle Baslerstrasse/Parkallee an einen grösseren Umbau gedacht, so dass der unsehnliche Spielplatz dahinter gleichzeitig renoviert werden könnte? – Es ist tatsächlich so, und die Profile sind dort ja schon ausgesteckt, dass diese Wertstoffsammelstelle auch in eine unterirdische umgewandelt werden soll. Das wird im 2010 geschehen. Das Budget dazu haben Sie gestern ja genehmigt. Es ist allerdings so, dass die Gemeinde Allschwil, Abteilung Tiefbau, im Rahmen eines Grünflächenkonzepts die ganze Situation dieses

Spielplatzes überprüfen will. Das Grünflächenkonzept ist allerdings für die ganze Gemeinde Allschwil, für sämtliche Grünflächen, vorgesehen, und das braucht ein bisschen mehr Zeit. Das kann man sicherlich nicht im Rahmen dieser Umbauarbeiten tun, die sehr bald an die Hand genommen werden sollen, sobald der Boden wieder einigermaßen bearbeitet werden kann, also wenn es nicht mehr gefroren ist.

Frage 2: Käme eine Umnutzung der Parzelle in Frage? – Das habe ich, glaube ich, bei Frage 1 schon beantwortet. Erst nach Vorliegen dieses Grünflächen-Konzepts wird sich zeigen, ob eine Umnutzung sinnvoll ist. Aber die Umgestaltung der Parzelle hat auf die Wertstoffsammelstelle keinen Einfluss.

Frage 3: Wohin würde dort die neue Bushaltestelle platziert werden? – Die Buslinie 48 hält ja jetzt im Moment vor dem Calvin-Haus an der Baslerstrasse. Das ist ein provisorischer Standort, wie man unschwer erkennen kann. Und sobald die Baslerstrasse gesamtrenoviert wird, wird die Haltestelle auf der Tramlinie eingeführt werden, das heisst, man muss dann nicht mehr gross um die Ecke gehen, und man muss auch nicht aufs Trottoir. Man will ja umsteigen vom 6er auf den 48er oder wieder zurück – Sie hören, 48er, wir sind zuversichtlich. Aber der definitive Standort ist bei der Tramhaltestelle zu finden, sicher nicht um die Ecke.

Frage 4: Wird von der Gemeinde ein Gesamtkonzept erstellt, so dass bei diesen diversen Umgestaltungen keine Planungsfehler entstehen und somit Kosten eingespart werden können? – Wir haben Erfahrungen mit Gesamtkonzeptionen und mit Planungen. Wir haben auch schon schlechte Erfahrungen gemacht, und daraus, das kann man sicher sagen, haben wir gelernt. Und es wird hoffentlich keine Planungsfehler geben; deshalb auch dieses Grünflächenkonzept.

Soweit meine Ausführungen zu dem Thema. Ich frage, ob die Interpellantin zufrieden ist.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Herzlichen Dank. Was bedeutet genau ein „Grünflächenkonzept“? Also, sind da Spielplätze möglich, oder ist einfach eine Begrünung möglich? Ich habe da noch keine Vorstellung von diesem Begriff.

Gemeinderat Christoph Morat: Da wird sicher einmal jeder Spielplatz überprüft, einfach alles, was zur Naherholung gehört. Das geht aber um sämtliche Parzellen. Da wird also auch überprüft, was für Bepflanzungen auf den verschiedenen Parzellen sind, auf die wir einen Einfluss haben oder die uns gehören. Was dann genau alles zu diesen Parzellen gesagt wird, das wird dann, wie gesagt, die Erarbeitung dieses Konzepts zeigen. Es geht sicher um die Benutzung, sicher um die Bepflanzung, sicher auch über den Zweck und die Zukunft und die Bewirtschaftung, das alles wird in diesem Konzept drinstehen.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich wüsste noch gerne etwas über den Zeithorizont. Soll man wieder abwarten und wieder abwarten? Das ist ein Schandfleck seit Jahren.

Gemeinderat Christoph Morat: Es braucht, wie gesagt ein bisschen Zeit, bis man alle Grünflächen aufgenommen hat. Es sind doch einige Parzellen, die da angeschaut werden sollten. Und die Ressourcen auf der Gemeinde sind beschränkt. Wir wollen das Ganze auch nicht unnötig verteuern, indem wir ein externes Büro einschalten. Das wird weitgehend auf der Gemeinde gemacht, vielleicht partiell sicher mit Experten. Aber ich sage mal – bis zur nächsten Vegetationsperiode wird das noch nicht vorliegen.

Armin Bieri, Präsident: Dann stelle ich fest, dass die Interpellation damit erledigt ist. Wir machen Pause, dieses Mal etwas früher, weil wir bis jetzt gut im Fahrplan sind.

PAUSE

503 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 27.05.2009 betreffend Lösung der Verkehrsprobleme in Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3863

Gemeinderat Christoph Morat (in Vertretung für GR Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt): Frau Gosteli. Herr Ulusoy und Frau Urscheler haben am 27. Mai 2009 ein Postulat eingereicht mit folgendem Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie zur Lösung der Allschwiler Verkehrsprobleme die drei Pfeiler Öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr und motorisierter Verkehr ausgewogen berücksichtigt werden könnten. Zudem möge der Gemeinderat überprüfen, wie Anreize geschaffen werden können, um das Umsteigen auf den Öffentlichen Verkehr oder auf das Velo zu erleichtern.

Ein Postulat kann ja nicht nur zum Prüfen und Berichten einladen, sondern es kann auch zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung eingeladen werden. Nach eingehenden Diskussionen ist der Gemeinderat zum Schluss gelangt, dass wir da bereits aktiv sind. Ich werde Ihnen das auch kurz begründen. Und aus diesen Ausführungen wird dann hoffentlich ersichtlich, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen, und darum die Ablehnung empfiehlt. In den Leitideen 2009 – 2014, Ziele und Massnahmen, sind unter Ziff. 6 aufgeführt: Allschwil ist für sämtliche Verkehrsteilnehmer gut in das überörtliche Verkehrsnetz eingebunden. Der Modalsplit Verkehrsmittelwahl erfolgt zugunsten des Öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Das Dorf soll durch die Südumfahrung vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die Einwohner werden vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs wie Lärm und Abgabe geschützt. Ein gutes Verkehrskonzept ermöglicht dem Gewerbe eine ungehinderte Entwicklung. Was heisst das im Einzelnen? Der Einwohnerrat wird ja vom Gemeinderat regelmässig informiert und ist über die Tätigkeiten eigentlich bestens im Bild. Die Aufzählung, die ich Ihnen jetzt noch kurz herunterlesen kann, soll dies ein bisschen verdeutlichen. Der Gemeinderat hat eine Spezialkommission Verkehr eingesetzt, in der Verkehrsprobleme und –lösungen intensiv diskutiert wurden. Es ist diesbezüglich auch an einen Bericht an den Einwohnerrat vom 19.10.2005 – Geschäft 3637 – zu verweisen. Dann haben wir eine Verkehrsstudie Bachgraben gemacht. Sie war am 28.11.2007 hier im Einwohnerrat beraten worden. Diese Studie zeigt vor allem auch auf, wie sowohl der Öffentliche Verkehr als auch der Langsamverkehr gefördert werden sollen (im linksufrigen Bachgrabengebiet selbstverständlich). Dann die Gesamterneuerung der Baslerstrasse: Das Projekt sieht vor allem vor, dass Tramhaltestellen zu verbreitern sind, dass die Sicherheit der Velofahrer erhöht werden soll (ein Tram kann heute die Velofahrer in einzelnen Abschnitten nicht überholen). Und auf den Abschnitten mit den Velorouten sind separate Velostreifen anzubringen. Der Einwohnerrat ist mit der eingesetzten Spezialkommission Verkehr bei dieser Projekterarbeitung einbezogen worden. Dann haben wir unsere Interreg IV-Projekte: Stärkung des Öffentlichen Verkehrs und ein Park & Ride-Standort im TEB-Raum. Dort ist die Gemeinde Allschwil in der Projektorganisation vertreten und stark eingebunden, und wir beteiligen uns auch mit einem namhaften Betrag am diesem Projekt. Südumfahrung, bzw. der Zubringer Allschwil: Es war der Einwohnerrat, der mit den Motionen 3536, 3537, 3538 und 3539 den Gemeinderat beauftragt hat, sich für die Südumfahrung einzusetzen. Und mit dem Postulat 3816 verlangt er, dass der Gemeinderat beim Kanton Basel-Stadt in Sachen Realisierung Zubringer Allschwil nochmals vorstellig wird. Im jährlichen Geschäftsbericht sind die Tätigkeiten des Gemeinderates ebenso aufgeführt. Man kann dort alles nochmals nachlesen, was wir bis jetzt unternommen haben zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Im Weiteren kann man noch sagen, es ist auch ein Postulat von Mathilde Oppliger über einen Fussweg ins Bachgrabengebiet auf Höhe Robinsonspielplatz überwiesen worden. Es wird vom Gemeinderat im Moment geprüft, ob man dort mit den Velos ins linksufrige Bachgrabengebiet fahren kann, also direkt zum Freizeithaus und zum Jugendtreff. Aus diesen Ausführungen können Sie sicher sehen, wir sind am Ball, wir leisten unseren Teil dazu, dass der Langsamverkehr, dass der Öffentliche Verkehr gefördert wird. Nicht zuletzt die engagierten Voten gestern Abend zur Buslinie 48 mögen das auch noch verdeutlichen, und ich denke, die Verwaltung und der Gemeinderat sind daran.

Aus diesem Grund bittet der Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen und die Verwaltung da weiterarbeiten zu lassen.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Unser Postulat möchte festhalten auf diesen drei Pfeilern, und zwar hätten wir diese drei Pfeiler gerne ausgeglichen berücksichtigt: das Velo, den ÖV und den motorisierten Verkehr. Herr Lauber, Sie haben gestern Abend berichtet vom IV, vom Individualverkehr, und haben vorwiegend den motorisierten Verkehr gemeint. Sie haben vom Öffentlichen Verkehr berichtet, und ich habe ganz wenig bis nichts vom Langsamverkehr und vom Veloverkehr gehört. Wir möchten mit unserem Postulat auch Anreiz schaffen für das Umsteigen. Für das Umsteigen, von diesen Anreizen, habe ich von Ihnen – oder von dir, Christoph Morat – nichts gehört. Gestern habe ich aber gehört, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Actelion sehr wohl umsteigen möchten auf diesen Bus, wenn dieser Bus denn da ist, und er ist ja jetzt da. Ich möchte da auch wissen: Gibt es da eine Überprüfung? Steigen die Leute wirklich um auf diesen Bus? Ich möchte gern – oder wir Grünen möchten gerne – dass Angebote geprüft werden bezüglich Flyer-Nutzung. Man kann sich auch bei mir melden. Ich bin absolut Fan von Flyern und fahre damit jeden Tag von Allschwil nach Reinach. Ein Angebot zur eventuellen Reduktion von U-Abos wäre vielleicht auch etwas. Wir hätten auch noch weitere Ideen; ich zähle sie jetzt nicht auf. Der Kreisel beim Grabenring wird für den motorisierten Verkehr gebaut. Und die Gemeinde hat unseres Erachtens nichts unternommen, damit es eine praktikable Lösung gibt für das Velo. Aber vielleicht kommt das ja noch – irgend so etwas habe ich gestern Abend von Herrn Lauber gehört. Ist da eine gewisse Nachhaltigkeit zu spüren? Ich möchte es im Raum stehen lassen. Der Modal Split, über den wir gestern von Herrn Lauber etwas hörten, dünkt mich ein Schlagwort. Was ich gestern von ihm hörte, war nicht „gleichberechtigt“. Darum möchte ich gerne auf diesem Postulat beharren, damit man diese Pfeiler wirklich ausgeglichen berücksichtigt. Wir Grünen sind, wie Sie alle wissen, für nachhaltige Lösungen. Dabei liegt das Velo auf der Hand. Und wir möchten vor allem auf die Trumpfkarte Velo setzen. Wenn nämlich mehr Velo gefahren werden würde, hätten wir auch weniger Verkehrsprobleme. Und gestern – ich habe mir das extra noch notiert – sagte Herr Lauber, wir nehmen alles an, was unsere Verkehrsprobleme lösen würde. Mütter im Übrigen schicken ihre Kinder nicht mit dem Velo in die Schule. Ich habe selber zwei Teenager, ich habe auch Angst. Sie fahren beide mit dem Velo ins *Gymeli* in die Stadt. Ich weiss aber, sie haben alle IG Velo-Fahrkurse besucht, und sie haben eine gewisse Sicherheit. Ich bin sicher, wenn wir mehr sichere Velowege hätten, dann würden mehr Mütter – auch Väter – ihre Kinder mit dem Velo in die Schule schicken. Man könnte in der Gemeinde einmal allgemeine Fahrverbote überprüfen, Einbahnstrassen auf dem ganzen Gemeindegebiet, und das würde eigentlich gar nichts kosten. Sich mehr bewegen, also auch Velo fahren, trägt zur Gesundheit unserer Jugend bei und wirkt gegen deren Verweichlichung. Ein Ländervergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit OECD – Stephan Wolf, ich halte mich jetzt gleich ganz kurz – hat gezeigt, dass 11- bis 15-Jährige bei uns übergewichtig sind. Ich sehe, dass es dort drüben ein wenig unruhig wird und bemühe mich, abzukürzen. Als ich in der Jugend Velo fuhr, habe ich – wen habe ich gesehen? Die Regierungsräte Facklam und Striebel auf dem Velo herumfahren. Und ich denke, ein Gemeindepräsident, das wäre sinnig, ihn auch einmal auf dem Velo zu sehen. Ich möchte da auch Sandra Steiner ein ganz grosses Kränzlein winden. Sie kommt immer mit dem Velohelm – also vorbildlich! Benutzerfreundliche Velo-Infrastrukturen tragen also dazu bei, dass das Velo fahren wirklich auch komfortabler, attraktiver, gesünder – und zudem auch lustvoller wird. Das ist auch wichtig. Wir sind ja am Sparen, aber es soll ja auch noch etwas Lustvolles übrig bleiben. Die Hälfte aller Arbeits- und Schulwege sind weniger als 5 Kilometer – prädestiniert zum Velo fahren. Und zu guter Letzt würde ich dann auch noch anregen, auf der Primarschule Veloprüfungen für Velo fahrende Kinder einzuführen. ÖV hatten wir gestern schon, dazu sage ich nichts mehr, obwohl ich dazu Notizen habe. Bus – dazu sage ich auch nichts mehr.

Josua Studer, parteilos: Ich bin jetzt schon ziemlich, ziemlich überrascht, was da für ein Schwall herübergekommen ist, fast eine Tsunami-Welle. Wir kennen eigentlich grundsätzlich die fordernde Haltung der Ur-Grünen. Ich hatte wirklich gemeint, ihr wärt inzwischen ein bisschen heruntergekommen, ein bisschen sachlicher geworden. Aber heute Abend bin ich doch sehr perplex. Ihr fordert ziemlich grob, verurteilt, und das geschieht zu Unrecht. Was die Basler Regierungsräte anbelangt, warum man die auf den Velos sieht, das ist ganz klar: Die haben keinen Parkplatz in Basel, darum müssen die Velo fahren. Und unser Gemeindepräsident wohnt an einem Ort, wo man lieber mit dem Auto hingehet als mit dem Velo, und wir möchten ja keinen verschwitzten Gemeindepräsidenten, und deshalb lasse ich das weiterhin zu, wenn er mit dem Auto herumfährt. – Das U-Abo verbilligen, noch mehr? Wie viel zahlt die Gemeinde – also bald nicht mehr, aber im Moment noch – an ein U-Abo? Seid ihr euch darüber im Klaren: Wir hatten in der Region Basel im TNW das erste regionale Umwelt-Abo und das billigste, und das ist heute noch so. Und das soll man noch billiger machen? Das läuft genau darauf hinaus, den ÖV gratis zu machen. Aber dann bin ich auch dafür, dass ich gratis tanken gehen kann. Ich weiss nicht, warum man jetzt so explizit sagt, man müsse ein ausgeglichenes Verkehrskonzept in Allschwil planen

und umsetzen. Ich nehme das so wahr: Unser Gemeindepräsident weist bei jeder Gelegenheit darauf hin, und explizit sagt er, da haben wir dieses und dort haben wir jenes gemacht und alles berücksichtigt, bis zum Velo, bis zum Fussgänger. Es sind ja einige Dinge von Gemeinderat Morat aufgezählt worden. Velostreifen – das ist eine gute Sache, das habe ich auch einmal gemeint. In dieser Spezialkommission Verkehr war ich einsitzend, als noch Gemeinderätin Saskia Schärer im Amt war, und wir beide haben uns dafür stark gemacht, dass beim Umbau der Baslerstrasse eine Markierung für Velos hinkommt. Denn ich fand, es ist gut, wenn man weiss, wo das Auto fährt und wo das Velo fährt. Mittlerweile hat aber eine Studie des TCS gezeigt, dass das sehr, sehr gefährlich ist. Denn als Automobilist verlässt man sich dann einfach darauf: Das ist meine Spur, und da fahre ich. Und somit hat eigentlich der Velofahrer viel weniger Platz zur Verfügung, als wenn es nicht markiert ist. Ich habe das einen Moment lang bezweifelt, habe mir dann aber die Mühe gemacht, das zu beobachten. Es ist tatsächlich so, man fährt ganz anders, wenn es eine extra Markierung für Velofahrer hat. Somit müsste man die Velospur eigentlich separat anheben, so wie man es im Deutschen überall kennt, dass sie auf breiten Trottoirs eine Spur habe. Dann wird es wieder sicherer für Velos. Nur denke ich, bei dem Strassennetz, das wir da in Allschwil haben, können wir das einfach nicht realisieren. Dafür haben wir die Fläche nicht. Zudem haben wir Velorouten. Von Zoll bis nach Basel, quer durch die Stadt markierte Velorouten. Man kann überall mit den Velos hinten herum fahren. Der Kreisel – da habe sich der Gemeinderat nicht eingesetzt für die Velofahrer? Das ist nicht wahr! Das ist gemein, wenn man das sagt. Das musste ich auch im Landrat ganz klipp und klar zur linken Seite hinüber sagen, die diesen Kreisel vehement blockieren wollte, indem sie sagten, für die Velofahrer werde nichts getan. Es ist jetzt eine Extra-Spur vorgesehen von der Gartenstrasse hinüber in die Wegmatten. Und der Gemeinderat sagt, er möchte etwas machen über den Bachgraben hin, es ist den Wegmatten ein Veloweg geplant. Ja, was sollen wir noch tun? Wir müssten eine Unterführung machen. Das wäre eine Wahnsinnsidee. Aber dann kommt wieder das andere: Das ist uneinsehbar, das ist gefährlich wegen Überfällen etc. Man kann es nie allen recht machen. Überall sind gewisse Gefahren. Und warum man immer das Velo so ausklammert... Ich finde, langsam sollte man den Automobilisten, den Lastwagenchauffeur, den Trämmer schützen vor den Velofahrern, wenn man sieht, wie die Velofahrer herumfahren. Und wenn es zu einer Kollision kommt, ist immer der Stärkere schuld, auch wenn der Schwächere sich falsch verhalten hat. Da müssen wir einfach aufpassen, wenn wir solche Forderungen stellen. Wir haben in Allschwil eine tolle Anbindung an den ÖV, das wird immer mehr ausgebaut. Wir haben für die Velofahrer einiges, wir haben etwas für die Automobilisten, für die Fussgänger. Wir haben alles. Noch mehr zu fordern, finde ich sehr, sehr frech.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben das in der Fraktion auch diskutiert. Ich sehe es nach den Ausführungen von Frau Gosteli schon etwas anders, was sie will. Aber im Postulat steht „Verkehrsprobleme lösen“. Und über das ist wirklich in der letzten Legislaturperiode sehr viel geredet worden. Man hat verschiedene Ansätze verfolgt. Es waren eine Menge Sitzungen. Aus dem Grund mussten wir auch sagen: Das muss man jetzt nicht wieder neu und so detailliert aufrollen. Denn so viel hat sich nicht geändert. Und ich denke, die ganze Debatte mit dem Velo ist nochmals ein wenig ein anderer Akzent. Und ich denke, das müsste man vielleicht einfach ein bisschen spezieller fürs Velo diskutieren, unabhängig vom anderen. In dem Sinn werden wir das Postulat so, wie es jetzt da steht, nicht überweisen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wenn es vielleicht gut läuft, wenn es vielleicht schlecht läuft – schuld ist immer der Stärkere. Sogar in der Schule, das kann ich sagen. Ein U-Abo verbilligen oder verteuern, Josua Studer – ich hoffe nicht, dass es abgeschafft wird. Dann wären die Strassen total verstopft. Gott sei Dank unterstützen wir Menschen, die dieses Angebot brauchen können. – Wir reden jetzt schon sehr lang darüber, ob wir ein solches Postulat überweisen wollen oder nicht. Gemeinderat Morat hat ja schon sehr viel gelernt heute Abend, indem er Josua Studer gefolgt ist und es nicht vorgelesen hat: Es heisst dort „prüfen und berichten“. Es wäre doch toll, der Gemeinderat würde einfach alles mal kurz zusammenfassen, statt uns zu erklären, warum er es nicht tun will. Warum sagt er nicht: Ja, wir machen das, eine Seite: Was haben wir bis jetzt getan, was ist hängig, was ist möglich. Kurt Kneier und ich können uns daran erinnern als zwei Silberücken hier drin, damals sass, glaube ich, Anton Lauber dort drüben: Wir hatten sogar einmal Gemeinde-Velos, sieben Stück. Ich habe keine Ahnung, wo die hingekommen sind. Also ich habe keines daheim. – Ach so, Anton Lauber hat sie! – Man hat viel getan schon in der Gemeinde, um zum Beispiel Kurierdienste wirtschaftlich und nicht störend zu organisieren. Man hat auch schon über andere Sachen geredet. Übrigens wegen dem Parkplatz für den Regierungsrat: Man wollte damals sogar unsere Parkplätze vor der Gemeindeverwaltung abschaffen, damit die Leute die Velos auch benutzen. Ich denke: Was soll's! Es wird viel getan. Also ein Papier nehmen, draufschreiben, auch das, was noch nicht passiert ist. Und, wie gesagt, es hat noch ganz viel Luft für Dinge, die man noch tun könnte. Übrigens, wir haben hier drin vor 20 Jahren auch schon mal über eine Solartankstelle geredet. Es gibt eine ganze Menge „déjà vu“-Sachen. Also ich denke, wir

unterstützen das. Ich bin gespannt, was uns der Gemeinderat in kurzer Zeit auf einem Papier präsentieren könnte.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich müsste ja sagen: Nebst diesem Verkehr gibt es auch noch die Fussgänger. Und von denen redet kein Mensch. Für die Fussgänger sind die Velofahrer manchmal wie ein Bienenschwarm, der sie verfolgt. Also ich muss sagen, die Velofahrer müssten ein bisschen besser ausgebildet werden, damit sie sich an die Regeln halten und nicht einfach nach der Art „alles ist möglich, überall kannst du drüberfahren, du kannst bei Rot über die Stoppstrasse“ usw. fahren. Ich selber fahre nicht Auto, nur um das zu betonen. Aber es gibt Fussgängerwege, auf denen auch Velos fahren dürfen. Aber da muss man ständig nach hinten schauen, denn plötzlich flitzt ein Velo an einem vorbei, ohne Licht, ohne nichts... Also ich wäre froh, wenn es nicht noch mehr Velofahrer gäbe.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich persönlich finde Velo fahren eine schöne und entspannende Sache. Aber wenn man sich die Verkehrslage bei uns im Dorf anschaut, insbesondere zu Hauptverkehrszeiten, dann habe ich doch meine Zweifel, ob sich unsere Verkehrsprobleme mit dem Velo lösen lassen. Ich bin der Meinung, dass der Gemeinderat bereits richtige Wege eingeschlagen hat, um zu versuchen, die Verkehrsprobleme zu lösen. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich finde es ein wenig schade, dass jetzt die Diskussion fast in eine Grundsatzdiskussion ausartet, wo links und rechts irgendwelche festgefahrenen, schon oft wiederholten Positionen nochmals wiedergeben. Ich möchte, dass es da um die Sache geht. Wir konnten gestern den Ausführungen von Anton Lauber folgen, wo er erzählte, was Allschwil verkehrspolitisch macht, und dass der Individualverkehr, der motorisierte und der ÖV beachtet werden. Noch schnell zu dir, Mathilde Oppliger: „Langsamverkehr“ (ich habe das Wort nicht gern, denn mit dem Velo bin ich schneller als ein Auto), aber Langsamverkehr heisst ungefähr „Fussgänger und Velo“, also alles was nicht motorisiert ist, dies einfach zur Definition. Wir tun viel für die Velos, wir haben auch schon viel getan. Die Velowege zu erhöhen – das wird vor allem teuer, auch wenn das eine sehr gute Lösung ist. Wenn wir Kosten sparen wollen, müssen wir sehen, wie wir das anders hinbekommen. Allschwil hat im letzten Jahr Tempo 30 abgelehnt, was geholfen hätte in Sachen Sicherheit, wenn man als Automobilist und als Fussgänger und als Velofahrer einfach eine Zeitreserve hätte. Wir haben es in der Fraktion kontrovers diskutiert. Mir persönlich ist wichtig, dass man für Velos, Fussgänger und sonstige nicht Motorisierte einen Pflock einschlägt und dieses Gebiet vielleicht ein wenig stärker beleuchtet als bis anhin. Ich bin kein totaler Autogegner, ich fahre auch selbst. Aber das Velo ist wirklich wichtig. Es stimmt, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Tram z.B. vom Lindenplatz bis ins Breiteschulhaus fahren, weil Eltern Angst haben, ihre Kinder mit dem Velo zu schicken. Was züchten wir da heran? Tramfahrer? Ja. Aber wenn es später irgendwie geht, kommt das Auto. Velo fahren lernen sie jedenfalls nicht. Sie gewinnen auch nicht Mut und Sicherheit, und das braucht man, um als Velofahrer in diesem Strassenschwung zu überleben. Also, mir ist es wichtig, dass man diesen Pflock einschlägt. Deshalb bin ich auch für dieses Postulat. Auch wenn es etwas anders formuliert sein könnte. Ich denke, es wäre wichtig, dass man den Schwerpunkt auf das Velo und auf die Fussgänger setzt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist ganz klar gegen dieses Postulat. Und der Rest ist eigentlich schon gesagt worden, warum, wieso und weshalb.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Es geht da eindeutig um eine ausgewogene Berücksichtigung, die wir bis jetzt einfach nicht beobachten konnten. Und ein Postulat heisst einfach „prüfen und berichten“, und darum hoffe ich auf Überweisung.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe zum Teil auch den Eindruck, dass der Veloverkehr ein wenig stiefmütterlich behandelt wird, gerade wenn man bedenkt, dass es doch noch einige Kreuzungen hat, die nicht wirklich velosicher sind und wo man noch einiges tun könnte. Und ich denke, dass man gerade deswegen bei einem Verkehrskonzept im Rahmen der zukünftigen Planung vermehrt darauf achten könnte, um dort gewisse Sanierungen oder Bereinigungen vornehmen könnte. Darum unterstütze ich das Postulat.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 21 Nein, bei 16 Ja und 1 Enthaltung, nicht überwiesen.

504 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend Elterliche Kindererziehung ist der externen Tagesbetreuung vorzuziehen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3891

Josua Studer, parteilos: Ich bin überzeugt, dass diverse Leute denken, das sei aber ein komisches Postulat, und gerade noch vom Studer... Es gab sogar kontroverse Diskussionen in der SVP, als ich dort noch dabei war. Sie fanden, das sei nicht SVP-like. Ich habe versucht, sie aufzuklären, dass das SVP-Gedankengut beinhaltet. Man sieht ja auch, dass jetzt auf nationaler Ebene etwas in eine ähnliche Richtung unternommen wurde. Ich weiss, es ist ein wenig eine verzwickte Formulierung dieses Wunsches. Primär geht es mir darum, einfach einmal einen Denkanstoss zu geben. Denn ich störe mich einfach daran, dass wir immer mehr „working poors“ haben, was immer das sein mag, und wo immer die Grenze ist. Für mich ist es schon „working poor“, wenn jemand arbeiten geht, nur damit er zusätzlich Steuern zahlen kann. Und wenn dann die Kindererziehung darunter leidet, nur weil beide arbeiten gehen, damit sie einfach genügend Einkommen haben – das kann es nicht sein. Und das „genügende Einkommen“ muss ja dann automatisch auch eine externe Kinderbetreuung beinhalten. Deshalb, finde ich, sollte man da eine andere Lösung finden, insbesondere wenn man beachtet, wie viel Geld die Gemeinde an die Tagesheime ausrichten muss. Ich finde, dieses Geld könnte man anders investieren. Statt in Tagesheime kann man das auch direkt investieren in Familien. Davon hat man sicher mehr. Wie, was, wo? Ich bin überzeugt, da gibt es sehr viele Fachleute innerhalb der Gemeinde, sonst auch extern, die da eine Beratung machen können. Es muss nicht von mir ein Lösungsvorschlag vorhanden sein. Aber ich bin sicher, es wäre die Sache wert, dass man sie anscheut, und ich bitte um Überweisung.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Im ersten Moment könnte man sagen: Ja, das ist eine gute Idee. Aber beim zweiten Hinsehen muss man sagen, das ist doch keine so gute Idee, und es wäre auch nicht einfach, das umzusetzen. Wir haben in Allschwil eine gute Form von externer Kinderbetreuung, und das möchten wir eigentlich nicht ändern in dem Sinn, dass wir da verschiedene Varianten machen. Denn für alle geht das ja nicht. Und wenn man sagt, statt ans *Tagi* sollte man das Geld den Eltern geben – dann könnten sie nicht mehr arbeiten gehen. Und wenn man sich vorstellt, wie das heute ist, wenn jemand eine Zeitlang aus der Arbeitswelt draussen ist und dann wieder einen Arbeitsplatz finden will – das ist sehr schwierig. Besonders bei den „working poor“ – das sind nicht die Grossverdiener, für die es genug Stellen gibt. Sondern das sind schlecht bezahlte Stellen, und dort jemanden wieder hineinzubringen, ist doch relativ schwierig aus meiner Erfahrung. Und das heisst, dass man das Geld wieder für Sozialhilfe ausgeben muss. Das Andere ist auch das, dass alleinerziehende Eltern, seien das Väter oder Mütter, das ist ja gleich, einen Verdienst haben und noch im Arbeitsprozess drin sind. Sie brauchen nicht so viel Sozialhilfe, weil sie selber etwas einbringen, und das ist für Allschwil ein ganz wichtiger Punkt. Wir sind, glaube ich, die einzige Gemeinde im Kanton, die so viel ergänzende Einkommen hat, dass die Sozialhilfe nicht zu 100% bezahlt werden muss. Das ist statistisch nachweisbar. Aus meiner Sicht ist das auch keine Gleichbehandlung der anderen Eltern, die sich generell entscheiden, ihre Kinder selbst zu Hause zu erziehen. Für die müssten wir dann ja auch einen Betrag geben, damit sie gleich behandelt sind. – Das andere ist, dass es einen grossen administrativen Aufwand erfordern würde, das Ganze abzuhandeln. Zuletzt möchte ich noch sagen: Wir haben ja ein neues Gesetz über die externe Kinderbetreuung, das der Regierungsrat dem Landrat überwiesen hat. Dort kannst du, Josua Studer, dann vielleicht aktiv werden und die anderen Allschwiler Landräte auch mit einbeziehen. Vielleicht könnt ihr dort dann etwas bewirken. Aber von uns aus – der Gemeinderat ist für Nichtentgegennahme.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Was Josua Studer zum Schluss sagte: Gelder statt an Tagesheim den Familien zuspiesen – dazu kam ich auch, als ich es gelesen hatte. Es geht also nicht um

Einsparungen in dem Sinn. Es geht aber um Arbeitsplätze. Ich habe gelesen im Antrag „mit einem Betreuungsgeld anstelle Fremdbetreuungskostenübernahme einen Zweitverdienst erspart...“, und in der Begründung steht es auch ziemlich klar: „anstelle der Gemeindezahlungen an Fremdbetreuungen könnte man dieses Geld den direkt Betroffenen zukommen lassen“. Wenn ich das richtig interpretiere, könnte das beispielsweise jemand sein, der, wenn er ein Kind ins Tagesheim gibt oder zu Tageseltern und dafür eine Subventionsgutsprache von 30, 40 oder 50 Prozent hat, dass der nun dieses Geld direkt in die Familienkasse erhält. Das heisst aber mit anderen Worten wiederum, wenn ich es richtig interpretiere, dass diese Familie diesen Betrag nicht mehr und nicht weniger als Subvention von der Gemeinde bekommen würde. Aber ich denke nicht, geschätzte Damen und Herren, dass irgendeine Mama, irgend Papa als Zweitverdiener arbeiten geht, um Fremdbetreuung finanzieren zu können. Niemand geht arbeiten, um dann sagen zu können, ich kann die Fr. 2'000 fürs Tagesheim zahlen. Die meisten, die arbeiten gehen, meine Damen und Herren, haben einen Beruf erlernt, und sagen irgendwann einmal: Wir brauchen mehr als einen Lohn. Und das ist es doch, was Familien als Zweitverdiener reizt, dass sie etwas mehr in ihrer Kasse haben. Auch die Gutverdienenden, die gar nichts oder nur 10% für ein Tagesheim bekämen, arbeiten nicht für diese 10%, im Gegenteil. Die haben einen erlernten Beruf, den sie ausüben wollen zum Dienste an der Gesellschaft. Wenn aber alle Familien – weil man die Tagesheime ja abschaffen und stattdessen Erziehungsgutscheine bieten könnte – dann könnte ja jede Familie sagen: Ich habe drei Kinder, ich würde sie gerne ins Tagesheim schicken, ich hätte gern diesen Zustupf. Und wenn sich das herumspricht, Josua Studer, dann kann das eine rechte finanzielle Lawine geben, die auf die Gemeinde, auf unsere Gesellschaft zukäme. Warum soll ich denn nicht auch meine Kinder anmelden? Ich bräuchte das Geld zwar nicht, aber ich habe ja die Zusprache dieser Finanzen. Für mich ist das Papier, das da auf dem Tisch liegt, eigentlich ein bisschen diskriminierend. Ich denke, jede Familie, jeder Mann, jede Frau, egal, welches Budget sie zur Verfügung hat, hat eine Ausbildung angestrebt, hat für die Gesellschaft, für uns alle, eine Ausbildung gemacht, bleibt dran mit der Absicht, eventuell der Gemeinschaft wieder etwas zurückzugeben von dem, was sie gelernt hat. Ich kann der Familie nicht vorschreiben – unmöglich – wie sie ihre Familienstruktur zu organisieren oder zu gestalten hat. Ich finde das ein bisschen dick. Das ist eine Entscheidung, die die Familien – und nicht wir – treffen müssen. Also wenn das wirklich so wäre, wie ich es verstanden habe: Jede Familie mit Kindern, die sagt: okay, ich könnte ja arbeiten, aber ich bleibe daheim. Ich hätte eine Subvention von 30% zugute, komm, Gemeinde, gib mir das! Da sind wir bei dem Thema von gestern. Da haben wir über Steuersenkungen geredet. Aber das Resultat wäre – und das will ja nach dem gestrigen Abend niemand von uns – wir müssten, um das Postulat konsequent durchzuziehen, den Gürtel nicht enger schnallen, sondern weiter machen. Ich würde dann auf eine Steuererhöhung appellieren, und das kann nicht das Ziel sein.

Dr. Markus Gruber, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP lehnen das Postulat auch aus mehreren Gründen ab. Wir haben es intensiv diskutiert und möchten zuerst einmal darauf hinweisen, dass im Kanton ja diese zwei Vorlagen für Betreuung im Früh- und im Schulbereich in den Kommissionen sind. Die FDP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass eine familienergänzende Kinderbetreuung ein wichtiger Baustein für eine zeitgemässe und nachhaltige Familienpolitik ist. Jede Familie soll selber entscheiden können, ob und in welchem Umfang sie familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch nehmen will. Die Betreuung ist ja auch so organisiert, dass die Betreuungskosten nach dem Einkommen abgerechnet werden. Die FDP/GLP-Fraktion ist auch der Meinung, dass die Wirtschaft ein Interesse daran hat, dass Familie und Beruf unter einen Hut gebracht werden können, womit die familienergänzende Betreuung eine wichtige Rolle innehat. Aus diesen Gründen empfiehlt die FDP/GLP-Fraktion, dass das Postulat nicht überwiesen wird.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich habe zwei Punkte, die noch nicht erwähnt wurden. Ich bin auch sehr dagegen, dass man dieses Postulat überweist. Ich habe, wie auch Arnold Julier, zuerst auch gedacht, das liest sich ja lieb und nett. Man will da armen Alleinerziehenden und armen Familien helfen. Aber auf den zweiten Blick sieht man eine ganz gefährliche Idee dahinter stehen. In dieser Idee steckt eine Armutsfalle für Frauen. Frauen machen hier wirklich den zweiten Platz. Wenn Frauen daheim während zehn, zwölf Jahren derartiges Betreuungsgeld erhalten, stehen sie dann mit 40 oder 50 plötzlich da und sollen jetzt in die Arbeitswelt einsteigen. Und für Alleinerziehende ist eine berufliche Tätigkeit sowieso von Anfang an lebensnotwendig neben den Kindern, wenn sie sich einmal eine gute Altersabsicherung erarbeiten wollen. Sie werden diesen Wiedereinstieg nach zehn Jahren Pause nicht mehr schaffen. Oft trennen sich auch Paare im mittleren Alter. 50% der Ehen werden geschieden, Dann haben diese Frauen alle nochmals das Nachsehen. Sie landen auf der Arbeitslosenkasse oder beim Sozialamt. Das wird alles viel teurer als die Idee, die der Herr Studer da meint. Diese Frauen müssen im Alter mit einem sehr knappen Einkommen im Bereich des Existenzminimums auskommen. Das ist der eine Punkt. Der zweite ist: Ich finde, dass diese Idee Integrationsmassnahmen für Ausländerinnen und Ausländer verhindern will. Besonders für ausländische Kinder bewährt sich nämlich das System der

familienergänzenden Betreuung. Sie lernen in der Tagesfamilie, im Tagesheim schnell unsere Sprache, unsere Kultur und unsere sozialen Gepflogenheiten. So haben sie doch eine viel grössere Chance, einmal selbst eine ihren Möglichkeiten entsprechende berufliche Laufbahn zu absolvieren. Wenn diese Kinder daheim bleiben, dann fehlen ihnen diese vielen guten Anregungen. Darum bitte ich Sie auch unbedingt, das Postulat abzulehnen.

Philippe Adam, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Eltern selber entscheiden sollen, ob beide arbeiten gehen und ihre Kinder in ein Tagesheim gehen, oder ob ein Elternteil daheim bleibt und zu den Kindern schaut. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stimmt dem Postulat mit Vorbehalt zu. Uns ist auch bewusst, dass es nicht sinnvoll ist, dass man einfach den Leuten, die ihre Kinder daheim erziehen, einen Blankoscheck gibt und ihnen Geld zahlt. Das sehen wir auch so. Wir zahlen ja auch nicht den Leuten, die keine Sozialhilfe beantragen, zum Dank dafür, dass sie keine Sozialhilfe beantragen, Geld aus. Wir sind aber einen Schritt weiter gegangen und hoffen, wenn das auf der Gemeinde geprüft wird, dass man dann den Leuten, bei denen es notwendig ist und die ihre Kinder daheim erziehen, die sie aber auch an eine Tagesbetreuung abgeben könnten, kein Geld gibt, sondern bei ihnen eine finanzielle Entlastung sucht, sei das bei Steuern oder bei Abgaben. Wir möchten auch nicht einfach einen Blankoscheck ausgeben.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Als ich das Postulat sah und einfach den Titel las, dachte ich als EVPLer: Das mache ich ja schon. Wir schlängeln uns irgendwie durch mit zwei ungeplanten 50%-Jobs und übernehmen die Tagesbetreuung der Kinder alleine. Es mussten aber auch die Grosseltern helfen, und irgendwie ging es. auch. Es geht aber nicht bei allen. Es gibt Leute, die auf ein zweites Einkommen angewiesen sind. Das können, müssen aber nicht Ausländer sein. Wenn man in einem Job mit Fr 3'000, 3'500 arbeitet, ist man unbedingt auf ein zweites Einkommen angewiesen. Dann hat das Postulat einen Haken: Wenn jetzt verlangt wird, dass man einfach allen, die die Kinder daheim betreuen, eine Geldzahlung macht, dann ist das ein Giesskannenprinzip. Das widerspricht der Idee, dass man es denen gibt, die es wirklich brauchen. Und die anderen, die mehr Geld zur Verfügung haben, haben es ja gar nicht nötig. Dann: Wenn das, was der Staat, bzw. die Gemeinde zahlen soll, genau gleich hoch ist wie der zu erwartende Verdienst, dann ist das genau ein Punkt auf der Tabelle. Also der Verdienst ist höher oder er ist tiefer, aber er muss sich ja nicht gerade decken mit dem, was wir zahlen würden. Von daher ist es auch zu wenig ausgereift. Ich würde es umformulieren und sagen: Mir wäre es wichtig, dass eine Gleichstellung passiert zwischen den Leuten, die die Kinder extern, und denjenigen die sie intern betreuen. Das hingegen ist, wie Herr Julier schon sagte, an die Adresse des Kantons zu richten, dass dort geschaut wird, dass auch steuerliche Ungerechtigkeiten zwischen den beiden Systemen ausgemerzt werden, die wir heute haben.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich bin der Meinung, dass eine Frau oder ein Mann, der oder die zu 100% daheim Kinder betreut, ein Auslaufmodell ist, so schön das auch in unseren Ohren klingen mag. Auch ich hatte eine Mami zu Hause, die zu 100% daheim war, und ich habe es geschätzt. Ich konnte hinsitzen, und es wurde gekocht. Das ist aber heute ein Auslaufmodell, und ich sage es jetzt relativ ketzerisch: Es ist auch gefährlich für eine Gemeinde, so ein Modell zu unterstützen. Vor allem mit dem Hintergrundwissen von 50% Scheidungen. Frauen, die geschieden werden, Männern, die geschieden werden und die in diesem 100%-Modell drin sind, müssen die Kinder auffangen, die mit der Scheidung im Stress sind, die müssen sich um finanzielle Sorgen kümmern, und dann müssten sie auch noch eine Arbeitsstelle suchen. Die landen dann sicher mal auf der Sozialhilfe oder sind dann Arbeitslosengeldempfänger. Und ich meine, das ist zu gefährlich. Ich bin also für Ablehnung dieses Postulats.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Uns von den Grünen ist es am Anfang auch so gegangen: Ja, das tönt sehr gut. Und dann kamen immer mehr Bedenken. Ich möchte zu all den Sachen, die schon gesagt wurden, nur noch anfügen: Das Beispiel von Skandinavien zeigt, dass, wenn eine gute, zahlbare Tagesbetreuung da ist, die Eltern dann auch mehr Kinder haben. Ich denke, das ist etwas, das die bürgerliche Seite auch freut – da haben wir dann Schweizer Steuerzahler, die nachkommen. Für mich hat das Ganze ein wenig den Hauch von „Frauen für KKK“, wie man das früher hatte, Küche, Kirche, Kinder. Und da möchte ich meiner Fraktionskollegin zustimmen: Das ist wirklich ein Auslaufmodell. Wir sollten Möglichkeiten schaffen, dass beide Geschlechter ihre Qualitäten im Beruf einsetzen können. Wir sollten die Möglichkeit schaffen, dass das Geld, das ja auch die Gesellschaft aufgewendet hat für gute

Ausbildungen, dass das sich quasi wieder auszahlt. Und heutzutage sind zum Glück auch die Frauen sehr gut ausgebildet. Was mir auch noch wichtig ist, Gabi Huschke sagte es vorhin schon: die Sozialisierung, die im *Tagi* oder in Tageselternfamilien passiert. Das betrifft nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund, sondern es ist auch belegt für Kinder mit schweizerischem Umfeld, dass die Kinder, die ins Tagesheim oder in eine Kinderkrippe gehen oder die Tageseltern haben, in der Regel besser sozialisiert sind als die, die in der Kleinfamilie daheim immer im gleichen Umfeld sind. Wir lehnen das Postulat ab.

Josua Studer, parteilos: Man kann ja etwas lesen und etwas verstehen so, wie man es gelesen haben will. Ich habe ganz klar und deutlich aufgezeigt, oder habe es aufzuzeigen versucht, dass es um die Personen geht, die etwas dazuverdienen gehen, aber eigentlich nichts dabei herauschaut, weil sie das, was sie zusätzlich verdienen, wieder investieren müssen in zusätzliche Steuern und in Tagesbetreuung. Das gibt mir keinen Sinn, wenn es so genannte Nullrunden gibt, nur damit gearbeitet ist. Bei solchen Nullrunden sind das aber auch nicht Arbeitskräfte, die nun wirklich arbeiten müssen, damit sie jederzeit wieder den Einstieg finden. Dann ist dieses Rahmendenken, das schockiert mich. Die ganze Zeit heisst es: Das ist wegen der Ausländer, oder die Frauen sollen daheim bleiben... Nein, der Mann kann auch daheim bleiben. Ich werde oft von meinen Arbeitskollegen gefragt: Nicht wahr, die Susanne arbeitet aber nicht 100%? Dann sage ich, doch! – Ja wieso arbeitet sie 100%? Ihr seid doch Doppelverdiener, da könnte sie doch weniger machen. – Dann sage ich: Und warum nicht ich? Warum ist es selbstverständlich, dass eine Frau reduziert arbeiten soll? Warum nicht der Mann? Eigentlich proklamiert ihr das immer, aber jetzt, in diesen Voten kam das so herüber, als würde ich gegen die Frauen reden, gegen die Ausländer und die Migranten. Das ist ein wahnsinniges Rahmendenken, das unfair ist. Wenn man meinen Text liest, hat der gar nichts mit dem zu tun. Es ist eine gute Idee, die ich angedacht habe. Dass ihr natürlich versucht, die Arbeitsplätze in der Tagesbetreuungsstätte zu sichern, das ist ganz klar, denn das ist eure Klientel, eure Wählerschaft. Ich verstehe absolut, dass ihr für die sorgen müsst. Wir tun das auch für unsere Leute. Aber ich habe einfach Mühe, wenn da von Diskriminierung geredet wird und derartigen Sachen. Es ist kein Schönreden von mir. Es ist eine Tatsache. Und ihr wisst das selber auch, ihr wisst es.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Aus der Revisionstätigkeit in der Fireko bei den entsprechenden Institutionen durfte ich eigene Erfahrungen machen. Ich darf Ihnen sagen, dass Allschwil in dieser Beziehung gut aufgestellt ist, dass die zur Verfügung gestellten Strukturen einem wirklichen Bedürfnis entsprechen und dass Allschwil in dieser Hinsicht das Richtige und das Wichtige macht. Ich bin deshalb anderer Meinung als die Fraktion.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 28 Nein, bei 7 Ja und 3 Enthaltungen, nicht überwiesen.

505 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Josua M. Studer vom 16.09.2009 betreffend „Stopsignalisation“ ändern und auf „Kein Vortrittssignalisation“

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3892

Josua Studer, parteilos: Es musste sicher jeder schon eine theoretische Verkehrsprüfung ablegen, somit weiss jeder, was der Unterschied ist zwischen „kein Vortritt“ und „Stopp“. Bei „Stopp“ muss man einfach anhalten. Bei „Kein Vortritt“ muss man dann anhalten wenn die erforderliche Sicherheit fehlt, dass die Strasse, in die man einbiegen will, frei ist zum Befahren. Es ist an vielen Orten so, dass wir Stopp-Signalisationen haben, die für mich nicht nachvollziehbar sind. Am meisten ist mir das aufgefallen an der Spitzwaldstrasse: einmündende Strassen, von links ist beispielsweise eine Stopp-Markierung, von rechts ist „Kein Vortritt“. Und wenn ich jetzt in dieser einmündenden Strasse stehe und nach links und rechts

schaue, dann sehe ich keinen Unterschied, ob nun auf der gegenüberliegenden Seite bin oder hier, aber am einen Ort muss ich zwingend halten, und am anderen darf ich halten, bzw. soll ich halten, wenn es sein muss. In Basel-Stadt hat man jetzt an diversen Kreuzungen die Stopp-Signalisationen aufgehoben und daraus „Kein Vortritt“ gemacht – und seither ist der Verkehr flüssiger geworden. Denn man darf auch eines nicht vergessen: Ein zwingender Stopp heisst auch, dass man aus dem absoluten Stillstand wieder beschleunigen muss. Und bei sämtlichen Öko-Fahrkursen lernt man, dass man immer rollen sollte, auch wenn es kurz vor dem Stopp ist. Die so genannten Rollstops sind eigentlich sehr ökologisch. Aber das hilft natürlich, den Budgetposten, den die Gemeinde für Busseneinnahmen vorgesehen hat, zu generieren. Ich möchte sagen, wir haben eine Menge Strassen in Allschwil, wo das nicht nötig ist, und wo es den Verkehr verflüssigen würde.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Der Postulant möchte, dass der Gemeinderat in ganz Allschwil jede einzelne Stopp-Signalisation prüft, ob sie ummarkiert werden könnte in „Kein Vortritt“-Signalisation. Der Postulant hat jetzt mündlich erläutert, dass ihm das Verständnis fehlt, wieso an gewissen Stellen ein Stopp ist und kein Nichtvortritt. Ich werde das im Folgenden erklären. Zu diesem Zweck muss ich, um euch alle abzuholen, noch etwas ganz Wesentliches repetieren. Der Unterschied zwischen „Stopp“ und „Kein Vortritt“ ist, dass beim „Kein Vortritt“ der Verkehrsteilnehmer schon frühzeitig muss erkennen können, ob er dort vorne zufahren kann, oder ob er anhalten muss, weil er einem Verkehr aus der Querstrassen den Vortritt gewähren muss. Beim „Stopp“ muss ich das nicht frühzeitig sehen können, denn ich muss ja in jedem Fall anhalten. Ich muss anhalten. Rollstopp ist verboten, aus gutem Grund, das werden wir gleich noch sehen. Ich kann anhalten, und erst wenn ich angehalten habe, muss ich mir den Überblick verschaffen, ob ich weiterfahren kann, oder ob ich noch warten muss. Die Festlegung, wo ein „Stopp“ und wo ein „Kein Vortritt“ angebracht ist, wird durch eine Schweizer Norm definiert, die vom Bundesamt zur Weisung erhoben wurde. Damit sind diese Bestimmungen verbindlich. Damit Sie verstehen, warum die Überweisung dieses Postulats nicht sinnvoll ist, werde ich Ihnen jetzt ein paar wesentliche Punkte aus dieser Schweizer Norm erläutern. Ich bitte um Folie 1. Die Norm besagt, dass man in einem Gebiet, in dem man 50 km/h fahren darf – und das ist ja an den meisten Orten in Allschwil zutreffend – eine Sichtweite von 50 Metern haben muss. Das wird nicht gemessen vorne an der Haltelinie, sondern zurückversetzt zweieinhalb Meter vor der Haltelinie, damit man eben frühzeitig entscheiden kann: Kann ich weiterfahren, oder muss ich doch noch anhalten. Ich habe Ihnen in dieser Skizze den Messpunkt, zweieinhalb Meter zurückversetzt, eingezeichnet. Von dort aus muss ich also 50 Meter nach rechts schauen und erkennen können, ob in 50 Metern Distanz ein Auto kommt oder sonst ein Fahrzeug, das ganz am Rand der Mittellinie fährt. Umgekehrt, wenn ich nach links schaue, muss in 50 Metern Distanz, aus Sicht desjenigen, der da herankommt, ganz links am Strassenrand z.B. ein Velo kommt. Entsprechend werden diese Sichtlinien gezogen. Und wenn in dieser Ecke irgendetwas im Weg ist – ein Baum, eine Hecke, eine Wand, ein Kunstwerk oder was auch immer – dann, wenn diese Sichtweiten nicht gegeben sind, dann ist zwingend vorgeschrieben, dass dort ein „Stopp“ hinkommt und nicht ein „Kein Vortritt“. Und umgekehrt, wenn diese Sichtweiten gegeben sind, dann soll dort ein „Kein Vortritt“ hin und nicht ein „Stopp“. So definiert dies diese Schweizer Norm, die Weisungscharakter hat. Ich zeige Ihnen jetzt im Folgenden zwei konkrete Beispiele, wo die fehlenden Sichtweiten ein „Stopp“ verlangen. Und beim ersten Beispiel – Folie 2 – haben wir gerade die Spitzwaldstrasse, Einmündung Lerchenweg: auf der einen Seite ein „Kein Vortritt“, auf der anderen ein „Stopp“. Das ist dort mitunter gegeben, weil die Spitzwaldstrasse genau an dieser Stelle einen Bogen macht. Und Sie können sich jetzt selber vorstellen: Auf der einen Seite, wo ich „Kein Vortritt“ habe, schaue ich mit leichter Kopfneigung in beide Achsen der Spitzwaldstrasse hinein und habe daher viel früher den Überblick. Wenn ich hingegen von der Gegenseite komme, dann muss ich viel stärker den Kopf drehen, resp. es geht viel länger, bis ich den Überblick habe. Und aus diesem Grund ist dort zwingend ein „Stopp“ notwendig, denn dort sind die Sichtweiten von 50 Meter, zweieinhalb Meter zurückversetzt von der Haltelinie, nicht gegeben. Und beim zweiten Beispiel – Folie 3 – haben wir die Einmündung des Mühlebachwegs in den Himmelrichweg. Auf der einen Seite, wenn ich den Strengigartenweg hinaufschaue, dort hätte ich eine lange gerade Strasse. Eventuell wäre es dort gegeben, wenn dort nicht noch ein Stückchen Wald wäre. Auf der anderen Seite ist es sicher nicht gegeben, denn dort, wo der Himmelrichweg herunterkommt, ist gerade eine Kurve, und damit sind diese 50 Meter nicht gegeben. Schon aus diesem Grund muss also dort ein „Stopp“ sein.

Als sich die gesetzlichen Regel änderten, entschied der Kanton Baselland vor ca. 15 Jahren, dass man sämtliche Signalisationen auf die neuen Regelungen hin überprüft, und so wurden auch in Allschwil sämtliche „Stopp“ und „Kein Vortritt“ überprüft. Die generelle Überprüfung, wie sie der Postulant verlangt, wurde damals bei der Gesetzesänderung vollzogen. Zwischenzeitlich wird bei jeder baulichen Massnahme im Umfeld einer Kreuzung die Situation jeweils geprüft und aufgrund dieser Norm festgelegt, bleibt es so wie bisher, oder muss es geändert werden. Und auch dann, wenn uns Hinweise aus der Bevölkerung erreichen, wird die Situation jeweils von der Gemeindepolizei überprüft. Aus diesem Grund

macht, um es nochmals zu sagen, eine vollständige Überprüfung gar keinen Sinn. Der Gemeinderat bittet Sie daher, das Postulat nicht zu überweisen.

Josua Studer, parteilos: Ich habe Ihre Worte verstanden. Ich werde mir die Mühe machen zu schauen und aufzuschreiben, welche „Stopp“-Signalisationen ich als unnötig wahrnehme, und werde Ihnen diese dann direkt melden. Ich ziehe mein Postulat zurück.

506 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Verfahrenspostulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.10.2009 sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung- und reglemente vom 30.11.2009 betreffend Änderung Geschäftsreglement Einwohnerrat (Kommissionssitze bei Änderung Fraktionszugehörigkeit)
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro Einwohnerrat, Geschäft 3901

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir haben ja von der Kommission für Gemeindeordnung und – reglemente bereits eine ausführliche Beschreibung der Situation erhalten. Wir konnten daraus entnehmen, dass der Antrag unserer Fraktion, den ich hier vertreten darf, überprüft wurde, und dass es ein Fragezeichen geben könnte bezüglich der Übergangsbestimmung. Ich möchte aber zuerst darauf eingehen, dass wir den § 18 neu so formulieren. Ich habe ihn so übernommen, wie er auch von der Kommission vorgeschlagen wird. Jürg Gass als Kommissionspräsident wird auch noch etwas dazu sagen. Ich rege noch an – und bitte Sie, dem ebenfalls zuzustimmen – dass wir diese Übergangsbestimmung aus den Gründen, die der Rechtsdienst nannte, fallen lassen und dass wir die neuen Bestimmungen ab heute – oder ab dem Zeitpunkt, wo der Beschluss in Kraft tritt – annehmen, so dass wir also keine Übergangsbestimmung aufnehmen, weil sie widersprüchlich ist im Sinne der Rechtsprechung.

Jürg Gass, Präsident der Kommission für Gemeindeordnung- und reglemente: Es ist jetzt eine relativ kurze Sache, weil Andreas Bammatter seinen Antrag abgeändert hat. Es ist tatsächlich so: Diese Übergangsbestimmung ist keine Übergangsbestimmung. Sie wäre eine rückwirkende Bestimmung gewesen. Und da konnten Sie ja schwarz auf weiss vom Rechts dienst lesen – den mussten wir einschalten, weil wir uns selber nicht ganz einig waren, Sie wissen, in der Juristerei gibt es immer noch irgendwo ein Hintertürlein, es gibt immer zwei bis drei Meinungen, und man findet immer wieder irgendwo einen Haken, an den man wieder etwas anhängen könnte. Aber Sie wissen selber – dies an die Juristen und Richter, die vielleicht hier drin sitzen – im Zweifelsfall ist es immer noch für den Angeklagten und nicht gegen ihn. Darum gingen die Meinungen etwas auseinander, Sie haben gesehen, die Abstimmung ging 5:2 aus, ob man das drinbehalten will oder nicht. Die Mehrheit war dagegen. Denn uns kam es ein bisschen so vor, dass es fast persönlich wird. Das wollten wir vermeiden. Der ganze Paragraph soll nicht auf Persönlichkeiten beruhen. Wir haben uns immer gefragt, was passiert, wenn es um andere Personen gegangen wäre. Wir können heute Namen nennen. Es würde wirklich um Studers gehen, es ginge um niemand anderen. Wie wäre es aber gewesen, wenn es um andere gegangen wäre? Würden wir gleich entscheiden, oder würden wir das nicht tun? Wir wollten da wirklich eine Gleichheit herstellen. Die Mehrheit der Kommission war wirklich der Meinung, wir müssen das ausklammern. Wir gehen nicht auf Personen, wir gehen auf die Gegebenheiten. Darum war für uns das einzig Richtige, dass wir sagten, wir werden das ablehnen. Ich hoffe, Sie machen das auch. Jetzt muss ich ganz kurz doch eine Folie auflegen. Denn mir ist ein ganz kleiner Lapsus passiert. Es ist aber nicht schlimm; Andreas Bammatter hat das praktisch schon korrigiert. Wenn Sie den Bericht und unseren Antrag genau gelesen haben, da war in der Anfrage an den Rechtsdienst ein geringfügig anderer Text. Ich habe jetzt ein einziges Wort gestrichen. Es hiess: „Wer seine Fraktionszugehörigkeit ändert oder verliert“; danach haben wir das „der“ herausgenommen, es müsste sonst heissen „der oder die“, damit wir wieder alles richtig machen. Aber es reicht, ich habe mich erkundigt, wenn wir sagen „Wer seine Fraktionszugehörigkeit ändert oder verliert, scheidet mit Datum...“ aus. Das „der“ könnten wir streichen. Das ist jetzt Ihnen überlassen, denn es ändert überhaupt nichts an der Tatsache. Darum bitte ich Sie, jetzt das so zu überweisen, wie es die Kommission vorgeschlagen hat.

Zum Schluss noch einen Dank an den Rechtsdienst, Frau Aebischer, und an die Kommission. Sie haben eine gute Arbeit geleistet. Es gingen eine Menge Mails hin und her und wir haben uns die Köpfe heissgeredet. Dank an alle, die involviert waren.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir in der FDP/GLP-Fraktion haben über die ganze Sache diskutiert. Generell war anfänglich auch die Meinung, das brauche es alles. Doch dann kam plötzlich eine andere Meinung auf, die sagte: Halt, Moment, braucht es diesen Artikel überhaupt – eben weil er ein bisschen persönlich war. Und es geht ja auch jetzt bei dem Artikel nur um die Kommissionen im Einwohnerrat und nicht um die gemeinderätlichen Kommissionen. Also hätten wir dort auch wieder ein Problem. Das sind die Dinge, die wir diskutiert haben. Aus diesem Grund haben wir gesagt, dass wir in der FDP/GLP-Fraktion Stimmfreigabe geben.

Josua Studer, parteilos: Ich bin dankbar, dass die rückwirkende Sache wahrscheinlich fallen gelassen wird. Nicht weil es mich direkt betrifft. Für mich wäre es nicht so schlimm, wenn das angenommen würde. Aber die Diskussion kann jetzt einfach sachlicher vonstatten gehen, weil es jetzt nicht um Personen geht, sondern um die Sache. Und ich vertrete immer noch die gleiche Meinung wie damals, als es um die Überweisung ging: Ich sehe den Sinn und Zweck nicht. Grundsätzlich wird gefordert, dass man Leute aus den Kommissionen nimmt, wenn sie keiner Fraktion mehr angehören, damit es dann nicht dauernd Verteilschlüssel-Änderungen gibt. Aber genau das löst es doch aus. Denn der jetzige Ist-Zustand ist: Man ist zwar nicht mehr in einer Fraktion, man ist aber in der Kommission, und solange man in dieser Kommission nicht demissioniert, gibt es keinen anderen Verteilschlüssel. Und wenn nun jemand eine Fraktion verlässt, aus welchem Grund auch immer, dann gibt es zwingend eine Verteilschlüssel-Änderung, ob nun diese Person die Kommission verlassen will oder ob sie bleiben will. Es wird zwingend eine Wahl stattfinden. Das heisst, es gibt also künftig mehr Wahlen als nötig. Man muss zwingend ein Wahlgeschäft machen, wenn jemand eine Fraktion verlässt. Gegenwärtig ist das nicht der Fall; das passiert nur, wenn diese Person auch eine Kommission verlässt. Darum leuchtet mir das nicht ein. Es gibt viel mehr Veränderungen und man legt sich mehr Fesseln an. Warum legt sich der Einwohnerrat so viele Fesseln an? Aber handkehrum hat er den § 90 im Geschäftsreglement. Er kann jederzeit etwas beschliessen, das nicht im Reglement steht, also man kann jederzeit einen Gegenantrag stellen, indem man sagt: Dieses Mal wollen wir es nicht anwenden. Das kann es doch auch nicht sein. Jetzt hat das jahrelang geklappt, und nun soll es plötzlich nicht mehr gehen. Ich bin immer noch der Meinung: Ich verstehe es nicht, und es ist nicht nötig. Also lassen wir's doch einfach bleiben und überweisen es bitte nicht.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich muss jetzt den Verfahrenspostulanten ein wenig in Schutz nehmen. Das ist nicht aus der Luft gegriffen. Sogar der Nationalrat kennt eine ähnliche Lösung. Wir von der SVP-Fraktion werden uns aber aus aktueller Betroffenheit – das Wort ist gefallen, es ist lange um dich gegangen – enthalten.

Susanne Amrein, CVP-Fraktion: Ich spreche für die CVP-Fraktion. Wir sind für Entgegennahme des Geschäfts. Als erstes möchte ich noch etwas zur Rückwirkung sagen. Wir haben vorhin gehört, dass wir recht kontrovers diskutiert haben. Und zwar haben wir darüber diskutiert, ob man etwas neu in Kraft setzen kann, was dann auch für eine frühere Periode gelten soll. Da gibt es juristisch zwei verschiedene Arten von Rückwirkungen, eine, die erlaubt ist unter gewissen Bedingungen, und eine, die... nein, es gibt eine echte und eine unechte Rückwirkung. Die unechte ist erlaubt, und die echte hat gewisse Bedingungen. Ich möchte nicht weiter in die Juristerei hineingehen und euch mit dem Ganzen langweilen. Es gibt eine Güterabwägungen, aufgrund der wir zur Ansicht kamen, wir sollten auch noch auf den Rechtsdienst zugehen und uns unterstützen lassen. Er hat uns ausdrücklich davon abgeraten, die Rückwirkung ins Reglement hineinzunehmen, weil das einfach nicht standhalten würde. Ich finde, das ist auch eine gute Sache. Wir sollten nach vorne schauen und sehen, dass wir eine gute Regelung für die Zukunft haben, und nicht Sachen für die Vergangenheit ändern, weil man nicht warten will, bis die neuen Wahlen sind. Das andere ist die Fraktionszugehörigkeit, was Josua Studer sagte. Es ist eigentlich klar, wenn jemand in den Einwohnerrat gewählt wird, dann kommt er in eine Kommission wegen seiner Fraktionszugehörigkeit. Das geht damit einher. Natürlich kann man auch sagen, der kann gerade so gut weiterarbeiten, wenn er nicht mehr in einer Kommission ist. Nichtsdestotrotz bin ich der Ansicht, dass man primär als Fraktionsvertreter in einer Kommission sitzt. Darum finde ich die neue Regelung gut. Ich bitte euch, das zu überweisen.

Armin Bieri, Präsident: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir ab über die zwei Anträge der Reglementscommission.

Antrag 1: § 18 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats erhält folgenden neuen Absatz: „Wer seine Fraktionszugehörigkeit verliert oder ändert, scheidet mit Datum der Austrittserklärung resp. des Ausschlusschreibens aus den ständigen Kommissionen des Einwohnerrates aus.“

://:

Der Antrag wird mit 21 Ja, bei 6 Nein und 9 Enthaltungen, überwiesen.

Antrag 2: § 18 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats erhält folgende Übergangsbestimmung: „Wer seit Legislaturbeginn seine Fraktionszugehörigkeit freiwillig oder unfreiwillig geändert oder verloren hat, scheidet mit Inkrafttreten dieser Bestimmung aus den ständigen Kommissionen des Einwohnerrates aus.“

://:

Der Antrag wird mit 29 Nein, bei 0 Ja und 9 Enthaltungen, nicht überwiesen

Armin Bieri, Präsident: Wir sind am Schluss der Einwohnerratssitzung. Wir sind am Schluss dieses Jahres. Ich wünsche allen schöne Festtage und einen guten Rutsch. Ich möchte mich auch ganz herzlich beim Ehepaar Gloor bedanken, für die gute Bewirtung und das Zurverfügungstellen der Infrastruktur, und heute Abend für die selbst gebackenen *Guetzli*. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG